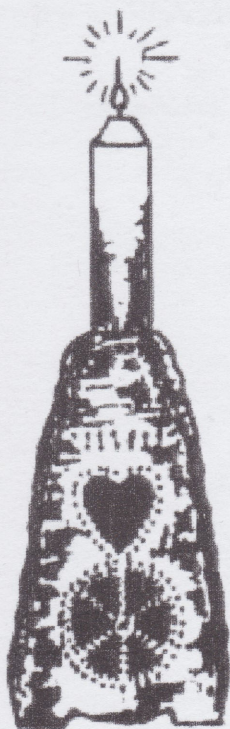


"LÜBSCHER AUFKLÄRER"



Es ist das größte Wunder
jeder Heil'gen Nacht,
daß immer noch
beim tiefsten Stand
das Licht erwacht,
und leuchtend weiterzieht
auf seiner ew'gen Bahn. –
Uraltes Wunder, wie es
schon die Väter sah'n. –

Mahareng

In eigener Sache!

Liebe Kameradinnen und Kameraden, Freunde und Förderer nationaler Politik!

Das Jahr 2000 geht zu Ende und ein neues Jahrtausend beginnt. Wohin uns diese Zeit bringen wird, bleibt eine Reise ins Ungewisse. Auch wir hatten es nicht immer leicht, unsere Positionen zu behaupten. Dennoch, der Kampf wird weiter gehen, bis sich unsere Wünsche erfüllen werden.

Wir wollen uns an dieser Stelle bei Euch für Eure Unterstützung durch den Abschluß eines Abos, Spenden, Zusendung von Beiträgen und Anregungen bedanken und hoffen weiter auf Eure Unterstützung, damit wir auch im Jahr 2001 den Widerstand ungebrochen fortsetzen können.

In diesem Sinne wünschen wir allen Mitgliedern des BR, Abonnenten des "Lübischen Aufklärers, Freunden, Förderern und allen Kameradinnen und Kameraden des nationalen Widerstandes eine frohe Weihnacht und ein erfolgreiches sowie gesundes neues Jahr 2001.

Und nun viel Spaß beim Lesen, Eure Redaktion!

Redaktion:

Dieter Kern, Postfach 10 81 09, 23530 Lübeck
Telefon: 0451 - 621240, Fax: 0451 - 621235

Redaktionelle Mitarbeiter:

Thorsten Thomsen, Dennis Entenmann
Bündnis Rechts, Postfach 12 22, 23502 Lübeck
Eigendruck im Selbstverlag

Verleger:

Druck:

Für Anzeigen verantwortlich:

Dieter Kern, Postfach 10 81 09, 23530 Lübeck
Vorerst alle zwei Monate geplant, abgesehen von
evtl. Sonderausgaben aus aktuellen Anlässen.

Erscheinungsweise:

Wichtiger Hinweis: Der „Lübische Aufklärer“ ist eine Zeitschrift an Mitglieder des Bündnis Rechts und weitere Sympathisanten. Der „Lübische Aufklärer“ dient unter anderem zur Kontaktpflege von Mitgliedern, Freunden und Förderern. Der Verkaufspreis beträgt ohne Porto 3,00 DM und dient lediglich zur Deckung der Herstellungskosten. Alle Mitarbeit erfolgt ehrenamtlich. **Anzeigen werden kostenlos veröffentlicht**, allerdings würden wir uns über eine freiwillige Spende dafür freuen.

**Diese Ausgabe wurde juristisch geprüft und als nicht strafbar eingestuft.
Wir rufen weder zur Gewalt noch zu Rassenhaß auf.**

Inhaltsverzeichnis:

Titelseite	Seite 1
In eigener Sache	Seite 2
Themenübersicht	Seite 3

Dichter und Denker / Schauspieler und Künstler:

Hermann Löns	Seite 4 – 6
Nachruf für Hermann Löns	Seite 7
Gedicht "Gefallenengedenken"	Seite 16
Gedicht "Einmal im Jahr"	Seite 22
Deckblatt Holzschnitt.....	Seite 48

Nationalpolitische Organisationen:

Freier Mädelsbund	Seite 8
-------------------------	---------

Aktuelle Berichte:

Skandalurteil gegen den nationalen Liedermacher Frank Rennie und seine Frau	Seite 9 – 12
Wochenendtagung des AfdP in Norddeutschland	Seite 13 – 15
Club 88 bleibt!	Seite 17 – 21
Handeln statt philosophieren	Seite 23 – 25
Gegen Gewalt: BR – Demonstration in Lübeck	Seite 26 – 27

Sonstiges:

Preisrätsel für Nationalisten	Seite 28
Kurzmeldungen	Seite 29 – 38

Leserbriefe:

Deutsche Aufbauorganisation – Die Kräfte die zusammenführen? ...	Seite 39 – 40
Demonstration in Dortmund	Seite 42
Der Fall Maaßen – Warnung an alle Nationalisten	Seite 43 – 44
Bekanntmachung des "Bund heimattreuer Frauen"	Seite 45 - 46

Bündnis Rechts in eigener Sache:

Bündnis Rechts Kontaktmöglichkeiten	Seite 25
Spendenaufruf	Seite 47

Sie reden:

>> Für Toleranz – Gegen Hass <<

Sie handeln:

>> Gegen Toleranz – Mit Hass! <<

BRD – Realität 2000

Dichter und Denker / Schauspieler und Künstler:**Hermann Löns**

Der deutsche Dichter Hermann Löns wurde am 29. August 1866 in Kulm in Westpreußen geboren. Sein Vater war Gymnasialprofessor, seine Mutter Tochter eines Apothekers. Schon in jungen Jahren entdeckte er seine Liebe zur Natur. Er durchstreifte meilenweit die Heiden, Moore und Wälder, wobei er allerlei erlebte. Seine Wanderungen und Naturstudien waren prägend und für seine Entwicklung von Bedeutung. Vor Abschluß seiner Gymnasialzeit - Hermann Löns war gerade 18 Jahre alt geworden - wurde sein Vater nach Münster in Westfalen versetzt. Dort machte er sein Abitur. Nach einer kurzen Studienzzeit in Greifswald und Göttingen ging er wieder nach Münster und studierte dort bis zum Herbst 1890 Naturwissenschaften.

Sein Studium gab er jedoch auf. Hermann Löns wandte sich der Schriftstellerei zu und arbeitete für verschiedene Zeitungen und schließlich als freier Dichter. Seine ewig unruhige Natur trieb ihn von Ort zu Ort, von Stellung zu Stellung. Ende 1892 zog er nach Hannover, wo er bis 1907 abwechselnd bei drei verschiedenen Zeitungen tätig war. Die nächsten zwei Jahre arbeitete er als Redakteur in Bückeberg - ging jedoch 1909 wieder nach Hannover. Obwohl er beruflich an die Großstadt gebunden war, zog es ihn immer wieder in die freie Natur - in die Lüneburger Heide. Er lernte Natur, Land, Tiere und Menschen seiner Wahlheimat kennen. Hermann Löns wurde der Dichter der Heide - er entdeckte und verkündete ihren Reiz. In seinen Liedern und Dichtungen spiegelt sich seine Naturverbundenheit und sein deutsches Wesen wider.

Seine dichterischen Werke umfassen mehrere Schichten. Er ist der Schöpfer zahlreicher volkstümlicher Lieder und Gedichte. Sie handeln in schlichter, ergreifender Weise von Liebe und Tod, Freud und Leid, Kampf und Jugend, Natur und Mensch. Sie liegen in Sammlungen vor: „Mein goldenes Buch“ (1901), „Mein blaues Buch“ (1909, Balladen), „Der kleine Rosengarten“ (1911) und „Junglaub“ (1919). Besonders bekannt und vielgesungen ist sein fröhliches Lied „Auf der Lüneburger Heide, in dem wunderschönen Land, ging ich auf und ging ich unter, allerlei am Weg ich fand. Valleri, ...“.

Weiter sind seine Soldatenlieder „Rote Husaren“ (Heiß ist die Liebe, kalt ist der Schnee) und das „Matrosenlied“ (Heute wollen wir ein Liedlein singen) sehr bekannt.

Hermann Löns ist sodann der Dichter des Natur-, Tier- und Jagderlebens der Heide geworden. So schenkte er uns die prächtigen Natur- und Tierbücher „Mein grünes Buch“ (1901), „Mein braunes Buch“ (1906), „Mümmelmann“ (1909), „Da draußen vor dem Tore“ (1911), „Auf der Wildbahn“ (1912), „Mein buntes Buch“ (1913).

Hermann Löns erkannte das Schwinden der Artenvielfalt in der Pflanzen- und Tierwelt in einer immer mehr technisierten Umwelt. Das große Sterben unserer Natur und die fortschreitende Zerstörung unserer Wälder, Seen und Landschaften sah er voraus und mahnte vor menschlicher Überheblichkeit, Selbstüberschätzung und Mißachtung der Naturgesetze. Er wandte sich scharf gegen die Verteufelung einzelner Wildarten und nahm besonders die Greifvögel in Schutz: „Alle sind notwendig und haben ihren Platz in der Schöpfung.“ Er sah die Natur als ein unteilbares Ganzes, mit Einschluß des Menschen.

Höret

Es gibt nichts Totes auf der Welt,
hat alles sein' Verstand;
es lebt das öde Felsenriff,
es lebt der dürre Sand.

Laß deine Augen offen sein,
geschlossen deinen Mund,
und wandle still, so werden dir
geheime Dinge kund.

Dann weißt du, was der Rabe ruft
und was die Eule singt,
aus jedes Wesens Stimme dir
ein lieber Gruß erklingt.

Der Schmetterling, der dich umspielt,
der goldne Sonnenschein,
der Blumenduft, die Meeresflut,
das alles wirst du sein.

Hermann Löns schildert und gestaltet besonders wertvoll den bäuerlich - wehrhaften Menschen Niedersachsens. Wie er schon in seinen Tier- und Jagdgeschichten das Leben auch als einen ständigen Kampf darstellt, so gilt ihm auch im Leben der Menschen und unseres Volkes dieses Naturgesetz, ohne daß es weder Ordnung noch Gemeinschaft gibt. Dieses Gesetz vermittelt er in all seinen Erzählungen. In den Heideerzählungen „Der letzte Hansbur“ (1909), „Dahinten in der Heide“ (1910), „Die Häuser von Ohlenhof“ (1912) und „Das zweite Gesicht“ (1912), ist es immer wieder der bäuerliche Mensch, der sein Schicksal erkennt und erkämpft.

In zwei geschichtlichen Erzählungen stellt Hermann Löns diese Menschen in wahrhaft überzeugender Weise dar. In der „Roten Beeke“ gestaltet er in echter und lebendiger Sprache die folgenschwere Auseinandersetzung zwischen Karl dem Großen und Widukind dem Sachsenherzog. Er führt uns das tragische Schicksal der 4500 Sachsen vor Augen, die Karl der „Sachsen-schlächter“ in Verden an der Aller im Namen der Christenheit hinterhältig und wehrlos ermorden ließ - denn sie kamen zum Thing ohne Waffen. Seine Bauernchronik aus dem dreißigjährigen Kriege, „Der Wehrwolf“ (1910), ist die

Krone seines Schaffens als völkisch - politischer Dichter. Hier kämpft der niederdeutsche Bauer gegen fremde Gewalt für das Überleben seines Volkes.

Als Mitbegründer des Heimatbundes Niedersachsen hielt Hermann Löns 1911 vor dem Bremer Lehrerverein einen Vortrag, dem er den Titel „Der Naturschutz oder die Naturschutzphrase“ gab: „Zähneknirschende Wut erfaßt einen, sieht man die grauenhafte Verschandelung der Landschaft; sieht man aber genauer hin, betrachtet man im einzelnen die Verwüstungen, die in dem einst so schönen, stolzen und vornehmen Gesicht der Natur sich überall zeigen, so macht die Wut einer tiefen Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung Platz...Das darf nicht mehr so weitergehen und darum bedürfen wir eines vollkommenen, ausreichenden, großzügigen Naturschutzes. Dazu kann uns aber nur die **Tat** verhelfen und nicht die **Phrase**.“

Hermann Löns, dem alles Unechte, Unwahre und Gekünstelte verhaßt war, zog nicht nur gegen die Zerstörung der Landschaft und Natur zu Felde, sondern er stand auch den in seinen Augen verderblichen fremden Kulturen ablehnend gegenüber. Mit einem Seitenhieb auf die damals in Mode stehenden Schriftsteller fremder Nationalitäten schrieb er über Wilhelm Busch, den er bewunderte: „Warum kennt man diese seine besten, reifsten und tiefsten Werke nicht? Weil man sich zuviel mit Zola, Tolstoi, Ibsen und andern für uns gänzlich überflüssigen Ausländern abgeben mußte.“

In einem Aufsatz über Kunst und Kultur sagte er: „Es gibt keine internationale

Kunst, alles mögliche kann international sein, nur Kunst nicht, denn Kunst ist in ihrer primitiven Form wie in ihrer höchsten Verfeinerung immer etwas Nationales, sogar das Nationalste eines Volkes, und wenn sie auch bei einem hochzivilisierten Volke einzelner Menschen, der Künstler, privatpersönliches Werk zu sein scheint, ist das nur scheinbar der Fall: der Künstler ist das Werk, mit dem sein Volk Kunstwerke schafft.“ Und an anderer Stelle: „Nichts ist wertvoller für den Menschen als die Überlieferung, sie allein gibt ihm Kultur. Ein Mensch ohne Überlieferung kann sehr zivilisiert sein! Kultur kann er nicht haben. Jeder schöpferische Mensch muß den Boden fühlen, auf dem er steht, sonst wird er nur Vergängliches leisten, Halbwertiges schaffen. Wir suchen überall Anlehnung, weil wir keine Überlieferung mehr haben, wir Eintagsfliegen der Zivilisation.“

Als der 1. Weltkrieg ausbrach, war Hermann Löns bereits 48 Jahre alt. Trotz seines hohen Alters meldete er sich sofort als Kriegsfreiwilliger. Er war bereit, für sein geliebtes Vaterland alles zu opfern - auch sein Leben. Am 26. September 1914 fiel der große deutsche Dichter Hermann Löns vor Reims an der Westfront. Er starb für das Leben und die ersehnte Freiheit seines Volkes. Seine letzte Ruhestätte fand er in seiner geliebten Lüneburger Heide.

Quelle: Heinrich Piebrock - Hermann Löns, Dichter der Heide und deutscher Art, Grundlagen - Verlag, Tönning, 1996. Dr. Lübke und Dr. Lohrmann - Deutsche Dichtung in Vergangenheit und Gegenwart, Verlag von C. Meyer, Hannover, 1941 □

Nachruf für Hermann Löns

Als Hermann Löns aus der Heide nach Frankreich zog,
Markwart, der Häher, ihm schwatzend zur Seite flog.

„Löns! - Wohin? In den Krieg und fast fünfzig Jahr?
Unterm Rekrutenhelm ergraut dir das Haar!“

„Alt oder jung - das zählt nicht nach Jägerrecht!
Jäger und Schützen sind immer nur gut oder schlecht.“

„Löns, Hermann Löns, bald ist Dichten und Jagen aus!
Heidesohn, Dichtersmann, Jägersmann, bleibe zu Haus.“

Löns, der Jäger, wog sacht das Gewehr in der Hand:
„Schwatze nicht, Markwart, der Wehrwolf streicht ums Land.“

„Löns, so vergißt du die Heide, dein braunes Buch?“
„Markwart, ich trag' es versteckt unterm grauen Tuch.“

„Löns, und die deutschen Lieder, dein goldenes Buch?“
„Markwart, ich trag' es versteckt unterm grauen Tuch.“

„Löns, und vergißt du den Wald, dein grünes Buch?“
„Markwart, ich trag' es versteckt unterm grauen Tuch.“

Markwart, der Häher, stob scheltend ins Tannicht zurück.
Löns, der Dichter, ging sterben für Deutschlands Glück.

Löns, der Jäger, starb schweigsam in Blut und Tau.
Wanderfalken kreisten schweigsam im Blau,

kreisten ob Wälder und Äcker im goldenen Meer.
Suchend kreisten des Sterbenden Augen umher,

schauten in Morgengold, Ackerbraun, Waldesgrün,
aufgeschlagen lagen drei Bücher um ihn.

Dreimal noch zuckte, dreimal, des Sterbenden Hand
über Herz und Büchse und braunes Land.

„Herz, nun gib deinen singenden Liedern Ruh!“
Zuckend sein goldenes Buch schlug der Dichter zu.

„Büchse, du glühst in erkaltender Hand noch so heiß“,
zuckend sein grünes Buch schloß der Dichter leis.

„Erde, ach Erde, nun bist du mein Leichentuch!“
Streichelnd schloß Hermann Löns sein braunes Buch.

Von Walter Flex, am 16. Oktober 1917 auf der Ostseeinsel Ösel gefallen.

Aus dem Gedächtnis von einer Frau (Jahrgang 1927) für ihre Enkelkinder niedergeschrieben. Sie hatte das Gedicht früher in der Schule gelernt.

Nationalpolitische Organisationen:**Freier Mädelbund (FMB)**

Der „Freie Mädelbund“ wurde Ende August 1999 gegründet mit dem Hauptziel, mehr Verbundenheit zwischen den Kameradinnen zu schaffen und ihnen in Notlagen beizustehen.

Unser Hauptaufgabefeld ist deshalb die Betreuung Angehöriger gefangener Kameraden. Denn diese stehen oftmals mit der Situation alleine da und sind meistens überfordert. So versuchen wir ihnen auf jeder Ebene zu helfen.

Ansonsten unterscheidet uns kaum etwas von anderen Frauenorganisationen. Genausowenig konkurrieren wir miteinander oder bekämpfen uns gar. Denn es gibt nur wenig anständige Kameradinnen und deshalb müssen wir zusammenarbeiten. Das gelingt uns immer gut.

Großen Wert legen wir auf die politische, geschichtliche und kulturelle Bildung. Dabei werden auch alle Mädels, die Interesse haben ermutigt, ihren Beitrag zu leisten. Wir sind kein Verein und wollen es auch nicht werden. Sondern eine freie Kameradschaft, was unser Name auch zum Ausdruck bringt. Bei uns herrscht ein „Ehrenkodex“: Man kann nur seine Rechte wahrnehmen, wenn man seine Pflichten ordnungsgemäß erfüllt!

Wir veranstalten eigene Aktionen, wie z.B. die Unterschriftensammlung „Här-

tere Gesetzesmaßnahmen gegen Kinderschänder“, wo wir durchaus mal von Tür zu Tür gehen müssen. Schließlich wollen wir aber damit etwas erreichen. Immerzu versuchen wir unsere Mitmenschen auf Defizite in dieser Gesellschaft aufmerksam zu machen, wie Kindesmißhandlung, Abtreibung, Drogen usw.. Hierbei erzielen wir als Frauen große Erfolge und hinterlassen einen guten Eindruck in der Bevölkerung.

Ganz besonders großen Wert legen wir auf die Familie. Das heißt, daß wir nur mit Rücksicht auf diese handeln können und müssen.

Aus diesem Grund haben wir volles Verständnis für Frauen, die nicht öffentlich in Erscheinung treten wollen. Diese können ja auch ihren Beitrag zum „Kampf“ leisten, ohne mit diversen Staatsorganen in Konflikt zu geraten.

Wir veranstalten hin und wieder auch Info – Veranstaltungen, die gerne von unseren ehemaligen Inhaftierten und interessierten Frauen besucht werden.

Falls wir also Euer Interesse geweckt haben, könnt Ihr über folgende Postfachadresse Kontakt aufnehmen:

Freier Mädelbund
Postfach 200 110
37579 Bad Gandersheim □

**Die Arbeit ehrt die Frau wie den Mann –
das Kind aber adelt die Mutter.**

Aktuelle Berichte:**Skandalurteil gegen den nationalen Liedermacher
FRANK RENNICKE und seine Frau**

Wegen seiner musikalischen Kritik an der "Multikulturellen Gesellschaft" wurde der bekannte volkstreu Barde durch den Jungstaatsanwalt WOLFGANG MERTIG aus Kornwestheim kriminalisiert (Siehe Eintrag im Telefonbuch: Wolfgang und Karin Mertig) – die Staatsanwaltschaft, politische Abteilung, forderte 2 1/2 Jahre Haft ohne Bewährung für das Lied, in dem der nichtvorbestrafte Sänger seine Bedenken im HEIMATVERTRIEBENEN – LIED gegen eine Überfremdung geäußert hatte. Mit diesem Extremantrag mit einer Strafforderung, welche sonst bei Tötungsdelikten üblich ist, dürfte sich der Staatsanwalt in gewissen politischen Machtkreisen der BRD keine Feinde gemacht haben und es dürfte auch seiner Karriere nicht hinderlich sein. Nach fast 15 Jahren (das Lied erschien 1986!) urteilte nun der "unabhängige" Sindelfinger Richter Dr. Werner Payer im politischen Prozeß, der Sänger habe mit seiner Kritik angeblich "zur Gewalt gegen Ausländer" aufgerufen. Die Kunst- und Meinungsfreiheit wurde dem Sänger im Prozeß ebensowenig zugestanden, wie auch seine Frau mitangeklagt und abgeurteilt wurde, weil sie an den Fernsprecher ging und eine Bestellung entgegennahm. Mit dem Urteil wurde nicht nur ein Privatvermögen der kinderreichen Familie von über DM 70.000,- eingezogen, sondern die Staatsanwaltschaft regelrecht aufgefordert, nun weitere Maßnahmen zur Existenzvernichtung und zur willkürlichen Verfolgung der Familie Rennicke wegen an-

derer Lieder und "Vergehen" durchzuführen. Die Pogromstimmungsmache der Medien und gewisser politischer Kreise gegen "Rechts" hat im Urteil hier neue Opfer gefunden, da der Richter nun "ein Zeichen gesetzt hat", wie es von der Staatsanwaltschaft gefordert wurde. Die Familie Rennicke hat bereits Berufung eingelegt und ist bereit, bis zum Europäischen Gerichtshof die Kunst- und Meinungsfreiheit sowie das Recht auf Widerspruch gegen die Überfremdung und gegen diese Form moderner Art von Sippenhaft zu verteidigen.

FIT für den Widerstand:

**Freies Info – Telefon
Norddeutschland
Regionalanschluß**

**Hamburg: (040) 72 97 88 85
Mecklenburg: (0381) 600 96 72**

Jeder möge sich darüber im Klaren sein: Es handelt sich hier nicht um irgendein Lied, sondern um die grundgesetzlich zugestandenen Grundrechte jedes Deutschen, sich zu Dingen öffentlich äußern zu dürfen. Eine Endurteilung durch BRD-Gerichte hätte Grundsatzcharakter und trifft letztlich jeden anderen Deutschen, der eine politisch unerwünschte Meinung öffentlich vertritt! Somit stehen hier nicht nur der Sänger und seine Frau vor Gericht, sondern alle Menschen, die sich in der politischen Opposition gegen den herr-

schenden Zeitgeist befinden. Da das Thema Ausländer und Überfremdung eine Frage über Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes bedeutet, ist ein Maulkorburteil praktisch die Verordnung zum Schweigen und Dulden nicht akzeptabler Umstände für das deutschen Volk!"

Möge niemand behaupten, das Strafmaß statt geforderter 2 1/2 Jahre Haft für den Barden mit nun 10 Monaten mit Bewährung auf drei Jahre und DM 1.000,- Strafe für seine Frau und die Abnahme von DM 70.450,- Familienvermögen seien doch vertretbar - die Sachlage ist ernster, als der naive Zeitungsleser zunächst glaubt:

- 1) Innerhalb von drei Jahren "Bewährungszeit" wird die politische Abteilung einer Staatsanwaltschaft natürlich weitere "Anlagepunkte" finden – und wenn es jahrzehntealte Lieder sein müssen. Spätestens bei einer zweiten Anklage und erneuter Forderung der Haftstrafe sitzt der Liedermacher im Gefängnis – und das nicht für gegenwärtige "Untaten", sondern für nachträglich kriminalisierte Lieder (wobei ein Rechtsgutachten von mehreren Anwälten inzwischen keine Garantie und Sicherheit bedeutet).
- 2) Wenn eine Ehefrau nur deswegen verurteilt werden kann, weil sie einmal eine Bestellung entgegennahm, statt einen Anrufer zu bitten, erneut anzurufen und mit dem Anrufbeantworter zu sprechen, dann ist es letztlich auch anderswie möglich, eine systemverfolgte Mutter von fünf Kindern für andere "Untaten" zu verurteilen.
- 3) Wenn bereits ein Lied nachträglich mit über DM 70.450,- Familienvermögensabnahme bestraft wird, dann wird ein karrieresüchtiger Staatsanwalt auch mit weiteren Anklagen eine siebenköpfige Familie in den Ruin treiben können.
- 4) Wenn es so leicht ist, mit einem fast 15 Jahre alten Lied Vater und Mutter zu kriminalisieren und existenziell an den Rand zu bringen, so dürfte es nach weiteren Anklagen und "rechtsstaatlichen" Urteilen auch möglich sein, solchen "Kriminellen" die Kinder zu entziehen. Sage niemand, das wäre in dieser BRD nicht möglich!

**Nationales
Info – Telefon
Rheinland
0211 – 610 83 04**

Die Familie Renniecke steht unter großem Druck und starker Bedrohung – sie darf deswegen in ihrem Kampf nicht alleine gelassen werden. Wer der Familie Renniecke durch tätige Mithilfe, Spenden für die kommenden Prozesse, Unterstützung bei der Abwehr von Übergriffen durch Linksfaschisten oder Systembütteln helfen möchte, wende sich bitte direkt an:

Frank Renniecke, Postfach 1145 in D-71135 Ehningen (die Heimatseite des Bardens im Weltnetz:
<http://go.to/rennicke> bzw. www.frankrennicke.de)

Der griechische Philosoph Platon (427-347 v.d.Zw.) sagte bereits vor über 2000 Jahren: "Niemand schafft größte-

res Unrecht als der, der es in Form des Rechts begeht."

Zur BRD-Wirklichkeit noch ein Hinweis: Einen Tag nach dem Urteil gegen die Familie Rennieke hat das Bundesver-

fassungsgericht der Punkgruppe "Slime" zugestanden, deren Zersetzungsstück "Deutschland muß sterben, damit wir leben können" fällt unter Kunstfreiheit und sei rechtlich in der BRD erlaubt. □

NACHRICHTEN DER



Herausgeber:

Hilfsorganisation für

Nationale politische

Gefangene und deren Angehörige e.V.

Vorsitzende: Ursel Müller

Sägewerk 26

55124 Mainz - Gonsenheim

Spendenkonto:

Postbank Frankfurt / Main

Kontonummer 14 29 08 607

Stuttgarter Nachrichten vom 23.11.2000

Bewährungsstrafe für Liedermacher der rechten Szene

VON ULRICH HANSELMANN

Böblingen - Frank Rennieke (35), Verfasser und Sänger von Liedern mit rechtem Gedankengut, ist am Mittwoch vom Amtsgericht wegen Volksverhetzung zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden.

In der rechten Szene ist der in Ehningen (Kreis Böblingen) lebende Rennieke ein Star - und bei Versammlungen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) ein häufiger und gern gesehener Gast. Rund 100 Anhänger, darunter der gerade aus fünfjähriger Haft entlassene Ex - Vorsitzende der NPD, Günter Deckert, begehren am Mittwochmorgen Einlaß in

den von der Polizei gesicherten Saal des Böblinger Amtsgerichts. Gut die Hälfte davon fand Platz.

Deckert saß in der ersten Reihe und wurde nach Zwischenrufen vom Richter ermahnt. Im Prozeß gegen den Vater von fünf Kindern im Alter von drei bis zehn Jahren ging es um das "Heimatvertriebenen - Lied". Darin verbindet der Blut - und - Boden - Sänger die Vertreibung der Sudetendeutschen mit "Millionen Fremdvölkern", die heute den Deutschen ihren "von Gott gegebenen Lebensraum" rauben würden. "Wir haben nicht Haus, nicht Hof, nicht Feld, der Fremde hat's erworben mit

schmählichem Geld." Nichts wünscht er sich sehnlicher, als wieder "Herr im eigenen Haus" zu sein. Der Richter wertete das Lied als eine Aufforderung zu Gewalttätigkeit gegen Ausländer. Seine teils als jugendgefährdend indizierten Kassetten und CDs vertreibt Rennicke auf Liederabenden und per Versand. Eines seiner Päckchen, gedacht für einen Studenten in Marburg, landete durch einen Irrtum der Post beim Oberbürgermeister der Stadt. Der übergab den Inhalt der Polizei. Neben den Tonträgern kam so eine Broschüre mit dem Titel "Dokumente der Verteidigung" zur Staatsanwaltschaft. In der Schrift wird der Völkermord an den Ju-

den geleugnet. Wegen Beihilfe zur Volksverhetzung saß auch Rennickes Frau auf der Anklagebank. Vorwurf: Sie habe beim Versand der Tonträger geholfen. Die Telefonüberwachung lieferte laut Gericht aber nur in einem Fall den Beweis dafür. Die 36-Jährige wurde zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt.

Schwerer dürfte wiegen, dass beschlagnahmte 70450 Mark, die aus dem Musikvertrieb stammen sollen, eingezogen bleiben. Ob das Urteil rechtskräftig wird, ist fraglich. Der Staatsanwalt hatte für Rennicke zweieinhalb Jahre ohne Bewährung, die Verteidigung Freispruch beantragt. □

**Ihr könnt mir Sorgen, Arbeit, Mühe machen,
verdunkeln meiner Tage stilles Licht,
verhöhnern mich, verspotten und verlachen –
mein Werk aber verhindern, das könnt ihr nicht!**

Kehrreim aus dem Lied „Mit Blut geschrieben“ von Frank Rennicke.



MS

**Wirtschaftsdienst-
Gesellschaft mbH**

Hauptstraße 54, 23923 Lüdersdorf

Telefon: 03 88 21 – 60 834

Telefax: 60 744

Mobil: 01 70 – 114 24 49

**Unternehmensberatungen und damit zusammen-
hängende Dienstleistungen
Immobilien – Finanzierungen – Versicherungen
Regiebau und Ingenieurleistungen**

Wochenendtagung des Arbeitskreises für deutsche Politik e.V. (AfdP) in Norddeutschland

Von Thorsten Thomsen

Am Wochenende des 28. / 29. Oktober 2000 fand eine Tagung des **Arbeitskreises für deutsche Politik e.V. (AfdP)** in Norddeutschland statt. Über 60 geladene Gäste - darunter Mitglieder der nationalen Parteien **NPD, REP, FDVP, DP** und **Ab jetzt... Bündnis für Deutschland** sowie Vertreter der überparteilichen Organisationen **AfdP, DLVH, Bündnis RECHTS** und **Deutsche Aufbau - Organisation (DAO)** - machten die Tagung zu einer gelungenen Veranstaltung in dieser Zeit der Hetze gegen alle, die sich im nationalen Spektrum bewegen.

**Info – Telefon
Bündnis Rechts
Regionalanschluß
Schleswig – Holstein
0451 – 61 10 622**

Diese Wochenendtagung bot einerseits die Möglichkeit, Kontakte zwischen den Nationaloppositionellen des Nordens zu vertiefen und Brücken zu bauen. Andererseits konnten die Besucher einige Abgeordnete der **Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP)** im Landtag von Sachsen – Anhalt kennenlernen, da diese als Referenten auf der Veranstaltung auftraten. Die FDVP – Fraktion in Sachsen – Anhalt besteht aus ehemaligen DVU – Abgeordneten, die sich ihre politische Arbeit nicht mehr haargenau von der Münchener Paosostraße diktieren lassen wollten und nun eine eigenständige, freiheitlich – nationale Politik in Magdeburg ver-

wirklichen. Parallelen zu den Vorgängen innerhalb der ehemaligen DVU – Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein bzw. zu der späteren DLVH – Abspaltung sind durchaus vorhanden.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte der AfdP – Vorsitzende **Wolfgang Dahmann** die Teilnehmer und mußte den Anwesenden leider einen Wehmutstropfen verabreichen. Der in der Einladung angekündigte Referent **Dr. Aziz Alkazaz**, Präsident der Auslands – Iraker, Generalsekretär der Deutsch – Irakischen – Gesellschaft, Wirtschaftswissenschaftler am Orient – Institut und Gast in vielen Fernsehsendungen (z.B. im ARD, ZDF, ORF und SRG), konnte seinen Vortrag „Die jüngste Entwicklung des Irak - Konflikts auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene“ nicht halten, da er der Tagung aufgrund internationaler Verpflichtungen leider fernbleiben mußte. Diese Ankündigung löste allgemeines Bedauern aus, da viele der Versammelten großes Interesse daran hatten, sich einmal aus erster Hand über die derzeitigen Verhältnisse im angeblichen „Schurkenstaat“ (nach US – Diktion) Irak zu informieren.

Als erster Referent am Sonnabend trat der Jurist und Historiker **Prof. Dr. Dr. Klaus Sojka** auf. In seiner Rede ging er vor allem auf seine bisherige juristische Arbeit für Deutschland ein. An vielen Beispielen machte er klar, daß es um die „*Unabhängigkeit von Justiz und Verwaltung im totalen Parteienstaat*“, so das Thema seines Vortrages,

Postfach 0405
19244 Zarrentin
alle 14 Tage
kostenlose Liste

TTV Versand

Telefon:
038851263900
Telefax:
038851263901

oftmals nicht gut bestellt ist. Aber Prof. Sojka konnte nicht nur Negatives berichten. So ging er im Rahmen seiner Rede vor allem auf seine Siege in den Prozessen um die NPD – Kontokündigungen ein, die er als juristischer Vertreter der Nationaldemokraten erstritten hat. In diesem Zusammenhang kündigte Prof. Sojka an, der NPD in Zukunft auch als Mitglied zur Verfügung zu stehen. Die Anwesenden quittierten sein Engagement für die nationale Sache mit dem ihm gebührenden Applaus.

Die nächste Rede wurde dann von der FDVP – Bundesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der FDVP im Landtag von Sachsen – Anhalt, **Claudia Wiechmann**, gehalten. Die sympathische Diplom – Wirtschaftsingenieurin berichtete ausführlich von der parlamentarischen Arbeit ihrer Fraktion. Dabei ging sie auf die Leitlinien des FDVP – Programms und deren Umsetzung im Landtag ein. Außerdem riß sie kurz die außerparlamentarische Arbeit der FDVP an und berichtete, daß diese auf viel positive Resonanz in der Bevölkerung stoße. Die Zukunft wird zeigen, ob es sich bei dem Projekt der sachsen – anhaltinischen FDVPler um ein Erfolgsmodell oder lediglich ein Strohfeuer handelt. Die Ansätze zu einer soliden, deutschbewußten und national – freiheitlichen Politik sind auf jeden Fall vorhanden. Interessant

dürfte auch sein, daß der Auftritt des Kärntner FPÖ-Landeshauptmannes, **Dr. Jörg Haider**, auf dem FDVP – Oktoberfest 2001 geplant ist. Claudia Wiechmann ist, neben ihrer Tätigkeit im Rahmen der FDVP, auch Mitglied des Sprecherrates der **Deutschen Aufbau – Organisation (DAO)** und steht der Zusammenarbeit mit anderen patriotischen Formationen aufgeschlossen gegenüber.

Als dritter Redner sprach dann der Mitbegründer der „Grünen“ und volkstreu Ökobauer, **Baldur Springmann**, zu den Gästen. Der 88jährige Patriot, der noch immer mit den Folgen seines Schlaganfalles zu kämpfen hat, aber innerlich und geistig nichts von seiner Agilität eingebüßt hat, appellierte in seinem Vortrag leidenschaftlich an die Anwesenden, daß es höchste Zeit für den Zusammenschluß aller Deutschlandliebenden - unbeachtet der Parteizugehörigkeit - sei. Heutzutage sei nur noch zu unterscheiden, wer sein Vaterland liebe und wer es hasse. Alle, in denen die Liebe zu Deutschland vorhanden ist, seien aufgerufen, die Gemeinsamkeit ihres Handelns in den Vordergrund zu stellen und Nebensächliche Differenzen im Hintergrund zu lassen. Springmann bekräftigte abermals seine vaterländische Gesinnung und seine Liebe zu unserer gemeinsamen Heimat. Für seine Ausführungen erntete das charismatische Ur-

gestein der volks- und umweltbewußten Bewegung langanhaltenden Applaus.

Zum Abschluß des ersten Veranstaltungstages hatte wieder ein Vertreter der FDVP das Wort. **Rudi Wiechmann**, Alterspräsident des Landtages von Sachsen – Anhalt und parlamentarischer Geschäftsführer der FDVP – Fraktion, sprach zum Thema: „*Wir Älteren übergeben den Staffelfstab - was können wir der Jugend vermitteln?*“. In seiner Rede ging Wiechmann auf das Verhältnis von Jung und Alt ein. Er mahnte an, die Jugend bei ihrem Streben nicht zu behindern, sondern ihr mit der gesammelten Erfahrung unterstützend zur Seite zu stehen. Er wendete sich außerdem gegen die Vorbehalte mancher älterer Kameraden, den jüngeren Führungsqualitäten zuzugestehen. Wiechmann beendete seinen Vortrag, in Anlehnung an den Ausspruch eines heute veremten Politikers, mit dem Satz: „*Jugend soll von Jugend geführt werden!*“

**Info – Telefon
Bündnis Rechts
Regionalanschluß Bayern
09323 – 87 04 20**

Am Sonntag eröffnete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der FDVP, **Helmut Wolf**, den zweiten Veranstaltungstag. In seiner Rede ging der Diplom-Ingenieur für Technische Kybernetik nochmal auf die Grundzüge national – freiheitlicher Politik ein und plädierte für eine „*Rückkehr zur Normalität*“, womit er das Vertreten deut-

scher Interessen in Deutschland meinte. Außerdem sprach er sich für die Einheit des „rechten Lagers“ und die parteiübergreifende Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte aus. Letztendlich sprach Wolf auch den „*Verrat Ostdeutschlands*“ durch die CDU – FDP – Wenderegierung an und rief den Anwesenden mit den Worten „*Der Tatbestand des [REDACTED] steht im Raume*“ - in bezug auf den damaligen Außenminister Genscher - den unrechtmäßigen Verzicht auf Deutschlands Ostgebiete in Erinnerung.

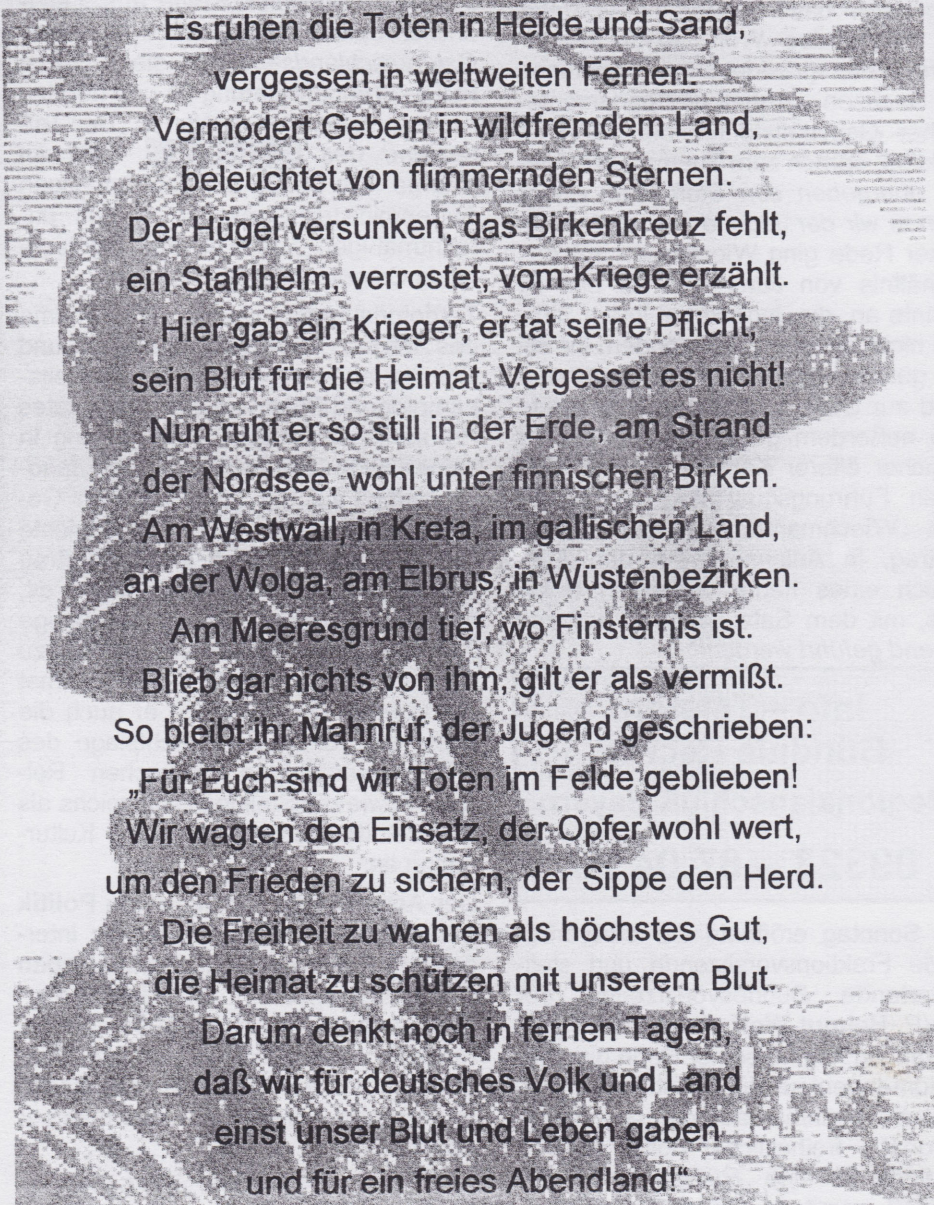
Territorialfragen waren auch Thema des letzten Vortrages. Der Arzt und Chirurg, ehemalige südtiroler Freiheitskämpfer und Präsident des „*Freistaates Preußen*“, **Dr. Rigolf Hennig**, ging in seiner Rede „*Deutschlands Grenzlandprobleme*“ auf die mannigfaltigen Gebietsabtrennungen in der Geschichte des Deutschen Reiches ein. Auftrag der nationalen Opposition bleibe es, auch zukünftig an die unrechtmäßige Zerstückelung unseres Vaterlandes zu erinnern und für das Recht auf Heimat einzutreten. Dabei sprach er auch die nach wie vor gültige Rechtslage des handlungsunfähigen Deutschen Reiches sowie die Stellung Österreichs als Teil der deutschen Volks- und Kulturnation an.

Der **Arbeitskreis für deutsche Politik e.V. (AfdP)** wird auch zukünftig interessante Tagungen mit hochkarätigen Referenten anbieten. Die nächste Veranstaltung ist für Anfang 2001 geplant. Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger können ihren Kontaktwunsch an folgende Adresse / Telefonnummer richten:

AfdP, Postfach 6007, 24121 Kiel. □

Gefallenengedenken

Vermächtnis der Gefallenen



Es ruhen die Toten in Heide und Sand,
vergessen in weltweiten Fernen.
Vermodert Gebein in wildfremdem Land,
beleuchtet von flimmernden Sternen.
Der Hügel versunken, das Birkenkreuz fehlt,
ein Stahlhelm, verrostet, vom Kriege erzählt.
Hier gab ein Krieger, er tat seine Pflicht,
sein Blut für die Heimat. Vergesset es nicht!
Nun ruht er so still in der Erde, am Strand
der Nordsee, wohl unter finnischen Birken.
Am Westwall, in Kreta, im gallischen Land,
an der Wolga, am Elbrus, in Wüstenbezirken.
Am Meeresgrund tief, wo Finsternis ist.
Blieb gar nichts von ihm, gilt er als vermißt.
So bleibt ihr Mahnruf, der Jugend geschrieben:
„Für Euch sind wir Toten im Felde geblieben!
Wir wagten den Einsatz, der Opfer wohl wert,
um den Frieden zu sichern, der Sippe den Herd.
Die Freiheit zu wahren als höchstes Gut,
die Heimat zu schützen mit unserem Blut.
Darum denkt noch in fernen Tagen,
daß wir für deutsches Volk und Land
einst unser Blut und Leben gaben
und für ein freies Abendland!“

CLUB 88 bleibt!

Von Christian Worch



Hysterie herrscht in Deutschland. – Wer jetzt denkt, Hysterie sei eine neue Partei, der irrt sich. Es ist eine GANZ GROSSE KOALITION aus fast allen alten Parteien zuzüglich der Behörden zuzüglich der Medien zuzüglich all der "Anständigen", die in Kanzler Schröders Sinn "anständig" genug sind, einen "Aufstand der Anständigen" durchzuführen. (Und ich dachte immer, wer anständig sei, der mache keinen Aufstand. Aber wahrscheinlich haben Kanzler Schröder und ich sehr verschiedene Vorstellungen von Anstand...)

Diese GANZ GROSSE KOALITION Hysterie von tiefschwarzen CSUern bis zu blutroten PDSlern hat nur einen einzigen Programmpunkt: Die Merzung der Rechts-Frage. Womit offenbar nicht allein die politische Merzung von allem gemeint ist, was rechts von der tiefschwarzen CSU steht. Gemeint ist of-

fenbar auch die Merzung von unverzichtbaren Rechtsgrundsätzen. Dem des "gleichen Rechts für alle" beispielsweise.

Die hysterischen Vorstellungen erreichen dabei Dimensionen, die für den normalen Menschen kaum noch faßbar sind. Außer der sattsam bekannten Debatte um ein NPD-Verbot, das nun antragsmäßig ins Laufen kommt, hat Hysterie einen richtig schönen Horrorkatalog zu bieten. Führerscheinenzug für Rechtsradikale. Kontenkündigungen. Berufsverbote (nicht nur, wie früher, für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, sondern auch für Handwerker, Hilfsarbeiter oder wer immer noch erstens radikal rechts ist und zweitens einem Broterwerb nachgeht.) Kündigung von Privatwohnungen.

Und natürlich Kneipenverbot.

Nun kann man – derzeit – niemandem verbieten, ein Lokal zu besuchen, egal, welche politische Einstellung er oder sie hat. Deshalb versucht die Stadt Neumünster in Schleswig-Holstein es mit einer Vorreiterrolle. Sie wollte eine Kneipe verbieten, in der vornehmlich Leute aus der rechten Szene verkehren.

Die Vorreiterrolle ist nicht ganz so neu. Es hat vergleichbare Fälle schon gegeben. Da war ein Lokal namens "Der Kette", irgendwo nördlich von Hamburg. Wurde im Wege des "Sofortvollzuges" dicht gemacht, weil dort öfter Skinheads auf ein bis viele Biere einkehrten. Oder ein Lokal namens "Schützeneck" in Dortmund. Wurde im Wege des "Sofortvollzuges" dicht gemacht, weil dort öfter Siggie Borchardt und ein paar seiner Freunde auf ein bis viele Biere einkehrten. Und dann war der "CLUB 88" dran.

Der Unterschied zu den früher dicht gemachten Lokalen war, daß der "CLUB 88" nicht von einem Normalbürger zwecks Geldverdienst betrieben wird. Betreiberin des "CLUB 88" ist eine aktive Kameradin. Das sollte dann als Verbotgrund herhalten. Natürlich auch im Wege des "Sofortvollzuges". "Sofortvollzug" heißt, daß erst einmal dicht ist und dann der Wirt oder die Wirtin jahrelang dagegen klagen darf, bis eine Entscheidung in der "Hauptsache" ergeht. Was zur Folge hat, daß ein Lokal bis dahin natürlich kaputt ist. Wer kann es sich schon leisten, ein paar Jahre lang Miete und sonstige Festkosten zu zahlen, ohne auch nur eine Mark Einnahme zu haben?! Das schafft vielleicht – vielleicht! – ein gutgehendes Lokal aus dem Rotlicht –

Milieu, bestimmt aber keine normale oder halbwegs normale Kneipe.

Bei Christiane Dolscheid aber biß die Stadt Neumünster auf Granit. Was "Verbotsgrund" sein sollte – ihre politische Überzeugung -, erwies sich zugleich als Quelle des juristischen Widerstandes. Noch bevor die Schließungsverfügung zugestellt war, hatte Christiane Dolscheid schon beim Verwaltungsgericht Antrag auf (vorsorgliche) Einstweilige Anordnung gestellt. Und mit gleicher Konsequenz und Geschwindigkeit wurde dann das verwaltungsgerichtliche Eilverfahren durchgeführt.

Das Ergebnis kennen aufmerksame Zeitungsleser in Form von Meldungen, die der schwankenden Kurve des Aktienmarktes ähneln. "CLUB 88 dichtgemacht", war zu lesen. Wenige Tage später: "CLUB 88 bleibt vorläufig offen." Dann: "CLUB 88 gewinnt vor Gericht." Dann: "Stadt geht in Beschwerde – wird CLUB 88 dichtgemacht?" Und schließlich: "CLUB 88 bleibt offen."

Parallel zum juristischen Widerstand kam der politische Widerstand ins Rollen. Für den 2. September 2000 wurde eine Protestdemonstration gegen die Schließung angemeldet. Auch hier gab es ein Hin und Her, das für den Normalverbraucher schon kaum noch nachvollziehbar ist. Die Stadt verbot die Demonstration. Das Verwaltungsgericht hob das Verbot auf. Die Stadt ging in Beschwerde. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Verbot. Der Anmelder ging vors Verfassungsgericht. Das Verfassungsgericht hob das Verbot wieder auf... Die Demonstration fand mit über 400 Menschen statt.

Darunter auch etliche, die eigentlich Zielgruppe für Kanzler Schröders "Aufstand der Aufrechten" sein sollten; normale, politisch eigentlich weniger interessierte Mitmenschen. Bei einer Unterschriftensammlung für den Erhalt des CLUB 88 unterschrieben sogar Leute, von denen es kaum einer erwartet hätte. Ausländer beispielsweise, die das Argument einleuchtend fanden: "Heute ist es unser Club, den sie dichtmachen, morgen Euer kurdischer Kulturverein oder Euer türkisches Café..."

Zwei Wochen später fand die nächste Protestdemonstration statt, während noch das verwaltungsgerichtliche Eilverfahren lief. Diesmal war der Stadt Neumünster schon klar, daß sie mit einem neuen Verbot nicht durchkommen würde. Da nützte es auch nichts, daß die Landesregierung unter Heide Simonis der Stadt für die Schließung des CLUBs "jede nur erdenkliche Hilfe" zugesagt hatte. Die Hilfe beschränkte sich darauf, daß Heide Simonis zu einer Gegendemonstration kam, die peinlicherweise auch nicht so viel mehr Teilnehmer hatte als unsere Demonstration mit rund 500 Menschen.

Vorsichtige Spießbürger ebenso wie Bedenkenträger aus dem vermeintlich nationalen Lager hatten uns vorher vor solchen Demonstrationen gewarnt. "Bloß kein Öl ins Feuer gießen", "Ihr liefert ja neue Verbotsgründe" und so weiter und so fort. Die Bedenkenträger sahen sich alsbald getäuscht. Am 27. September 2000 entschied das Schleswig – Holsteinische Verwaltungsgericht in Schleswig: "Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs der Antragstellerin gegen die Wider-

rufs- und Schließungsverfügung der Antragsgegnerin vom 5. September 2000 wird wiederhergestellt." Was im Klartext hieß: Der CLUB blieb offen. Die von der Stadt "befürchtete" "Sieges-Demo der Neo-Nazis" blieb aus. Warum sollen wir demonstrieren, wenn wir gewonnen haben?! Wir demonstrieren gegen Mißstände und Ärgernisse. Daß wir gewinnen, ist kein Ärgernis – zumindest nicht für uns. – Übrigens, wenn jemand wegen dieses Gerichtsbeschlusses Grund zum Demonstrieren gehabt hätte, wären es die Linken aller Schattierungen gewesen, bis hin zur SPD-Genossin Heide Simonis. Aber die war mit Regieren zu sehr beschäftigt, um zu demonstrieren...

Außerdem gab es gegen den Gerichtsbeschuß nicht so sonderlich viel zu sagen. Das Verwaltungsgericht stellte – für all diese selbstherrlichen Politiker und Verwaltungsmenschen unmißverständlich – klar: Die politische Überzeugung einer Lokalbetreiberin ist kein Grund für eine Schließung; die politische Überzeugung der Mehrzahl ihrer Gäste auch nicht...

Trotzdem mochte die Stadt das nicht anerkennen. Bürgermeister Unterleberg und sein Justitiar mit einem dieser modischen Doppelnamen – Müller-Schrobsdorff – gingen in Beschwerde zum OVG.

Damit bekam die Stadt Neumünster binnen wenig mehr als einem Monat zum zweiten Mal eine "Ohrfeige" eines Höchstgerichts. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wegen der Demonstration vom 2. September war diesmal das OVG in Schleswig dran. Nach Eingang der Be-

Bündnis Rechts im Internet www.buendnis-rechts.de

schwerdeschrift gab das OVG Christiane Dolscheid Frist zur Gegenäußerung bis zum 26. Oktober. Aus prozeßtaktischen Gründen wollte Christiane Dolscheid sich erst exakt zum Fristablauf äußern. Doch dazu kam es nicht mehr. Schon drei Tage vorher wies das OVG die Beschwerde der Stadt zurück.

Wenn ein Gericht die Beschwerde zurückweist, noch während die andere Seite Gelegenheit zur Äußerung gehabt hätte, heißt das: Einer weiteren Äußerung bedurfte es einfach nicht mehr, die Beschwerde war so völlig unbegründet, daß sie auch so zurückgewiesen werden konnte.

Das ist natürlich besonders peinlich für die Stadt Neumünster.

Folgerichtig hat der Bürgermeister Unterlehberg dann auch verkündet: Das Gaststättenrecht sei offenbar kein geeignetes Instrument zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Maßgeblich dafür, daß die beiden Verwaltungsgerichte die Verfügung der Stadt Neumünster aufgehoben haben, war auch folgender Umstand: Wer den CLUB 88 betreibt und wer dort als Publikum ein- und ausgeht, war nicht erst seit September 2000 bekannt. Dank der Aktivitäten von Ultralinken (deren beliebteste Waffe noch immer die Denunziation ist) war der CLUB 88 schon lange vorher bekannt. Daher war es für

die Stadt natürlich unmöglich, die "Eilbedürftigkeit" ihres "Sofortvollzuges" zu begründen.

Politisch macht aber gerade im Zeichen der GANZ GROSSEN KOALITION Hysterie eine solche Schließung nur Sinn, wenn sie sofort wirksam ist. Dann hat man es "den bösen Buben" (oder "bösen Mädels", wie im Falle von Christiane) mal so richtig gezeigt. Die angeblich wehrhafte Demokratie und so weiter und so fort. – Aber wenn ein formeller Rechtsweg beschritten werden muß, der Jahre in Anspruch nimmt, dann bringt es den Herrschenden gar nichts. Die Hysterie hat sich dann gelegt, weil sie selbst mit gigantischem Aufwand an medialer Macht nicht dauerhaft aufrecht zu erhalten ist. Breite Massen der Bevölkerung haben dann ganz andere Probleme – sinkende Kaufkraft durch den maroden EURO, höhere Benzinpreise durch eine "Öko"-Steuer, die nur Steuer und nicht Öko ist, kalte Wohnungen, weil das Heizöl für Geringverdiener kaum noch zu bezahlen ist, steigende Kriminalität vor allem auch durch die Ausländer und so weiter und so fort...

Deshalb hat Bürgermeister Unterlehberg vorsorglich schon mal erklärt, es sei noch nicht einmal gewiß, ob die Stadt Neumünster das sogenannte "Hauptverfahren" gegen den CLUB überhaupt weiterbetreiben werde. Politiker sind da manchmal wie Kinder. Sie

wollen etwas entweder sofort haben oder gar nicht... bzw. wenn sie es nicht sofort bekommen können, verlieren sie die Lust an der Sache; wie ein verwöhntes Kind halt ein kompliziertes Spielzeug in die Ecke wirft und sich lieber wieder mit einfachen Dingen beschäftigt. Mit Spielen, die einen sofortigen Erfolg versprechen.

Ja, wenn diesen vollmundigen Ankündigungen nun mal keine Taten folgen können, weil die Gerichte sich noch an Recht und Gesetz halten, dann hat man sich blamiert. Nicht die wehrhafte Demokratie, sondern die, die sich aus

welchen Gründen auch immer "Demokraten" nennen. Denn die, die den CLUB 88 betreiben und dort ein und ausgehen, gehören auch zum Volk; und das Volk ist bekanntlich der Souverän.

Das Volk weiß es nur leider nicht. Aber im CLUB 88 hat man davon zumindest eine Vorstellung. Und deshalb dürfen wir getrost darauf vertrauen, daß der CLUB 88 noch da ist, wenn Leute wie Unterlehberg und sein Justitiar Müller – Schrobsdorff oder seine Ministerpräsidentin Heide Simonis längst abgehalfert sind. □

Sleipnir Shop

Postfach 1224

35302 Grünberg

Tel.+ Fax 06401/229161

Eröffnungsangebot

Lonsdale Polo mit Streifen, navy, schwarz, weiß, XS bis XXL für 65 DM

Lonsdale Daunenjacke, schwarz, S bis XXL für 180 DM

Fred Perry Kapuzensweat gestickt, navy, schwarz, weiß, M bis XL für 99 DM

Fred Perry V- Zopf Pullover, navy, weiß, s bis XL für 150 DM

Ben Sherman T- Shirt, grün, weiß, schwarz, M bis XL für 30 DM

Ben Sherman Hemd, langarm, weiß, S bis XL für 70 DM

Außerdem führen wir noch Pit Bull, Troublemaker, Hooligan, Working- Class, Harrington Jacken, Dounky Jacken, Dr. Martens, Londen Ranger, Shellys, Underground, New Balance.

Angebot bis zum 15.01.2001

Nur solange der Vorrat reicht!!!

Einmal im Jahr

Einmal im Jahr, in der heiligen Nacht,
verlassen die toten Soldaten die Wacht,
die sie für Deutschlands Zukunft stehen.
Sie kommen nach Haus, nach Art und Ordnung zu sehen,
schweigend treten sie ein in den festlichen Raum –
den Tritt der genagelten Stiefel, man hört ihn kaum –
sie stellen sich still zu Vater und Mutter und Kind,
aber sie spüren, daß sie erwartete Gäste sind:
Es brennt für sie eine rote Kerze am Tannenbaum,
es steht für sie ein Stuhl am gedeckten Tisch,
es glüht für sie im Glase dunkel der Wein.
Und in die Weihnachtslieder, gläubig und frisch,
stimmen sie fröhlichen Herzens mit ein.
Hinter dem Bild mit dem Stahlhelm dort an der Wand
steckt ein Tannenzweig mit silbernem Stern.
Es duftet nach Tannen und Äpfel und Mandelkern.
Und es ist alles wie einst – und der Tod ist so fern. –
Wenn dann die Kerzen am Lichtbaum zu Ende gebrannt,
legt der tote Soldat die erdverkrustete Hand
jedem der Kinder leise aufs junge Haupt:
„Wir starben für euch, weil wir an Deutschland geglaubt.“
Einmal im Jahr, in der heiligen Nacht,
beziehen die toten Soldaten wieder die ewige Wacht.

Handeln statt Philosophieren

Von Georg Paletta

Wir Deutschen, Deutschland das Land der Dichter und Denker, neigen dazu, auch politische Themen, Probleme, die die Interessen unseres Vaterlandes betreffen, von der philosophischen Seite zu betrachten, sie zu komplizieren statt einfach zu konkretisieren.

Demgemäß wird auch mit dem Schlagwort "Recht auf Heimat", falsche Politik betrieben, sei es in den Vertriebenenverbänden oder ihren Handlangern, den meisten Vertriebenenzeitungen, als auch bei den Regierenden hierzulande. Im Klartext heißt das "Recht auf Heimat", will doch bedeuten, wenn man es beansprucht, es doch in Besitz nehmen zu wollen, natürlich die annektierte Heimat!

Weil wir Vertriebenen, und das geht nicht nur uns an, sondern das ganze deutsche Volk, unsere Heimat, die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland, noch nicht in Besitz genommen haben, sind wir verpflichtet, alles Erdenkliche zu tun, um dieses Ziel, das auch in der Charta der Vertriebenen festgelegt worden war, zu realisieren.

Nun wird aber über dieses Ziel viel zu viel philosophiert statt gehandelt. Die Spitzenfunktionäre der Vertriebenen vertreten die irrationale Ansicht, sie muten uns zu, wir Vertriebenen sollten nach Polen, dem nördlichen Teil Ostpreußens (Rußland) oder Tschechien gehen und dort gemeinsam mit den Vertreibern, den Mördern von 2,5 Mio. bei der Vertreibung umgebrachten, unschuldigen, deutschen Kindern, Frauen und Greisen, unter einem Dach leben! Weil die Regierenden hierzulande angesichts der opportunen und mitschul-

digen Haltung der Funktionäre der Vertriebenenverbände in der Frage; "Recht auf Heimat", dem "Recht auf Inbesitznahme der annektierten Heimat", dieses Vokabular aus den Wortschatz gestrichen haben (siehe Aussage des ehemaligen Bundespräsidenten, Roman Herzog, sowie des amtierenden Bundeskanzlers, Gerhard Schröder): "Wir Vertriebenen hätten nach Abschluß der Ostverträge kein Recht mehr auf unsere Heimat", sind alle ehrlichen, deutschen Patrioten und Vertriebenen aufgefordert, die von Polen, Russen und Tschechien annektierte Heimat zurückzugewinnen.

Nun sind aber, wie renommierte Völkerrechtler konstatieren, die abgeschlossenen Ostverträge nach dem Völkerrecht unwirksam, da sie eindeutig gegen das geltende Völkerrecht verstoßen; so denn das Völkerrecht Vorrang vor dem Staatsrecht habe. Dieses Völkerrecht basiert auf den Beschlüssen des Haager – Abkommens von 1907, dem Briand – Kellog – Pakt von 1928 sowie der Wiener – Konvention von 1967.

Die Charta der Vertriebenen akzentuiert das "Recht auf Heimat", d.i. die nach den 2. Weltkrieg annektierten deutschen Ostgebiete und das Sudetenland.

Weil die Landsmannschaften der Vertriebenen aufgrund des Alters und des Absterbens ihrer Mitglieder nicht mehr in der Lage sind, bei den Protesten, Demonstrationen auf der Straße, mitzumachen, auch teils wegen ihrer Trägheit oder Apathie, sind die heranwachsenden Jungen Landsmann-

schaften gefordert, den Kampf um ihre Heimat auf der Straße auszufechten.

Doch, wie gesagt, ist das Problem der annektierten Heimat nicht nur das Thema der Vertriebenen, sondern ein gesamtdeutsches Thema. Hier sind nun wiederum alle deutschen Patrioten aus sämtlichen politischen Lagern geragt, dieses Tabuthema auf die Tagesordnung deutscher und internationaler Politik zu bringen.

Die Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e.V. (IWG) ist entschlossen, die Vorreiterrolle in dieser Sache zu spielen. Wir sind entschlossen, trotz Morddrohungen gegen den Vorsitzenden der IWG, den unwegsamen Weg bis zum Ende zu gehen.

Das Memorandum der IWG lautet: Gemäß Völkerrechts sind die annektierten, deutschen Ostgebiete weiterhin Bestandteil Deutschlands. Daran ändern die von deutschen Regierungen geschlossenen Ostverträge nichts; denn das Völkerrecht hat Vorrang vor dem Staatsrecht. Die IWG wird solange die Demonstrationen unter dem Motto "Recht auf Heimat" fortführen, bis die Regierenden hierzulande und die internationale Staatengemeinschaft der Forderung auf Rückgabe der deutschen Ostgebiete und des Sudetenlandes stattgegeben haben.

Nach einer Regelung dieser Frage auf höchster Ebene und mit der Zustimmung der betroffenen Staaten, soll unter UNO – Aufsicht eine Umsiedlung der Polen, Russen und Tschechen stattfinden in die Gebiete, von wo sie vor der Vertreibung der Deutschen gekommen sind.

Niemand soll bei einer geordneten Umsiedlung zu Schaden kommen.

Sollten einzelne Personen respektive

Familien dieser Völker sich entscheiden, loyal unter deutscher Staatsoberrheit in den deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland mit uns Deutschen leben zu wollen, sollte diesem Personenkreis dieser Wunsch entsprochen werden.

Die Hetzkampagne gegen "Rechts" hat nunmehr auch die Vertriebenen erreicht. Wenn man das "Recht auf Heimat", ein Grund- und Menschenrecht einfordert, wird man hierzulande als Ewiggestriger, als Neonazi beschimpft. In einem Rechtsstaat, wie sich die Bundesrepublik Deutschland immer wieder darstellen möchte, werden ehrliche Patrioten stigmatisiert, an den Rand dieses so großen und ruhmreichen Volkes gestellt.

Man droht uns umzubringen!

Ein Skandal, des mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun hat!

Damit müßte sich eigentlich die UNO – Menschenrechtskommission befassen! Ohne Angst vor dem Tod, Kerker oder Folter, werden wir den gerechten Kampf zu Ende führen, so wahr uns Gott helfe!

Es ist eine Herkules – Arbeit, die wir uns auf die Schultern geladen haben. Dabei spielen finanzielle Mittel eine wichtige Rolle.

Wir benötigen dringend Spenden! Das Spendenkonto lautet:

Kontonummer: 220 183 902, Sparkasse Pleinfeld, BLZ: 764 510 30

Kennwort: "Recht auf Heimat"

Bis Ende des Jahres 2000 sind 12 IWG – Samstags – Demonstrationen teils erfolgreich durchgeführt worden.

Am 31. März 2001 findet die erste Demonstration im nächsten Jahr statt. RA Horst Mahler, Berlin, hat sich bereit er-

klärt, als Hauptredner bei dieser Demonstration zu fungieren. Jeweilige Termine der IWG – Aktionen können unter der Infotelefonnummer des Bündnis RECHTS (0451 – 6110622) abgerufen werden. □

Aufruf

**Deutsches Volk steh auf! Zeige Mut!
Verweise unsere Widersacher in die Schranken!**

IWG: Georg Paletta, Am Einsiedel 34, 91785 Pleinfeld, Tel. & Fax: 09144 - 8238

Bündnis RECHTS Kontaktmöglichkeiten

**Bündnis RECHTS Schleswig Holstein – Lübeck
und Bundesgeschäftsstelle: Dieter Kern**

Postfach 12 22 in 23502 Lübeck
Tel. 0451 – 62 12 40, Fax 0451 – 62 12 35
www.buendnis-rechts.de

Bündnis RECHTS Schleswig Holstein – Kiel: Thorsten Thomsen

Postfach 16 44 in 24015 Kiel
Tel. 0173 – 427 66 31, Fax 0180 – 505 255 484 406

Bündnis RECHT Hamburg: Detlev Brüel

Postfach 71 02 46, 22162 Hamburg
Tel. 0170 – 73 72 408, Fax 040 – 64 22 41 21

Bündnis RECHTS Mecklenburg – Vorpommern: Steffen Reichow

c/o Postfach 15 36 in 17225 Neustrelitz
Tel. 0170 – 982 77 78

Bündnis RECHTS Baden – Württemberg: Julius Jaeger

Postfach 646 in 71354 Winnenden
Tel. 07195 – 97 82 46, Fax 07195 – 97 82 46

Bündnis RECHTS Bayern: Dennis Entenmann

Postfach 33 in 97343 Iphofen
Tel. 09323 – 870 418, Fax 09323 – 870 419 Mobiltelefon 0175 – 87 29 297
E-mail dennisentenmann@firemail.de oder buendnisrechts@hotmail.com

Achtung! Aufgrund erneuter Schikanemaßnahmen der Bank, bitten wir unbedingt bei Spenden bzw. Beitragszahlungen um Zusendung von Verrechnungsschecks, da die Bank bereits Zahlungen an die Absender zurückgebucht hat. Falls es nicht per Scheck möglich ist, wird um Tel. Absprache unter 0451 – 62 12 40 gebeten.

**>> Bankverbindung: Sparkasse zu Lübeck, Empfänger: W. M. <<
BLZ 230 501 01, Konto – Nummer 112 - 318100**

GEGEN GEWALT:

Von Thorsten Thomsen

Das Bündnis RECHTS demonstrierte am 30.09.2000 erfolgreich in Lübeck - St. Lorenz



Am 30. September 2000 führte das Bündnis RECHTS in Lübeck - St. Lorenz eine Demonstration unter dem Motto „GEGEN GEWALT“ durch. Etwa 150 Nationalgesinnte beteiligten sich an dieser Demonstration, die so gut wie störungsfrei durchgeführt werden konnte und vom BR-Vorsitzenden Dieter Kern, trotz der teilweise widrigen Umstände, als voller Erfolg gewertet wird. Besonders positiv bewertet das Bündnis RECHTS dabei das Interesse und die Sympathie, die dem Demonstrationszug größtenteils entgegengebracht wurde. Einige Lübecker reihten sich spontan in den Demonstrationszug ein, andere applaudierten oder grüßten die Demonstrierenden mit Deutschlandfahnen. DAS kann man in der heutigen Zeit als Zivilcourage bezeichnen!

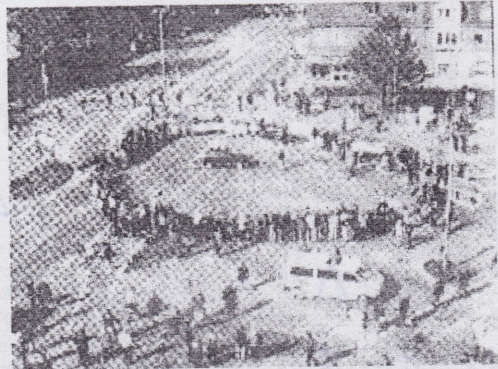
Als Redner der beiden Kundgebungen, die während der BR-Demo abgehalten wurden, traten der Vorsitzende des Bündnis RECHTS, Dieter Kern aus Lübeck, die Vorsitzende der von Horst Mahler initiierten „Bürgerbewegung

für unser Land“, Annemarie Paulitsch aus Offenbach, Peter Borchert aus Neumünster sowie der Vertreter der „Freien Nationalisten“, Christian Worch aus Hamburg, auf. Alle Redner waren sich darin einig, daß Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele aufs Schärfste abzulehnen sei. Während Dieter Kern in diesem Zusammenhang auf die Gewalt „linksfaschistischer Krimineller“ einging, die von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und PDS unterstützt werde, befaßte sich Christian Worch mit den Gewalttaten, die allgemein als „rechte Gewalt“ bezeichnet werden. Worch wandte sich mit Nachdruck dagegen, Ausländer oder Obdachlose tötlich anzugreifen, sondern wies darauf hin, daß man die Verursacher von sozialer Verelendung und Überfremdung, die herrschende Politikerkaste, auf politischer Ebene angehen müsse. Die nationale Opposition werde auch weiterhin mit friedlichen Mitteln für ihre politischen Ziele eintreten, so Worch.



Als **bewußte Schikane** gegen das **Bündnis RECHTS** bewertet der BR-Vorsitzende die **Auflage** der Ordnungsbehörde, den Einsatz von Megaphonen und Lautsprechern während der Demonstration zu unterlassen. Da dieser Bescheid **Dieter Kern** allerdings erst am Vortag um 21:20 Uhr mitgeteilt wurde, konnten dagegen keine Rechtsmittel eingelegt werden. Als Begründung für diese Einschränkung gab die Lübecker Ordnungsbehörde an, daß entgegenkommende Verkehrsteilnehmer durch den Einsatz von Lautsprechern abgelenkt werden könnten. Dies ist eine geradezu lächerliche Begründung, da die Polizei die Demo-Strecke weiträumig absperrete, was auch in den „**Lübecker Nachrichten**“ vom **01.10.2000** nachgelesen werden kann. Dabei fand einige Tage vor dem Tag der Protestkundgebung ein Kooperationsgespräch zwischen Ordnungsbehörde und polizeilicher Einsatzleitung statt, in dessen Verlauf deutlich wurde, daß die Polizei-Einsatzleitung keinerlei Einwände gegen den Einsatz von Lautsprechern hatte, gerade weil der Verkehr weiträumig umgeleitet wurde. **„Gegen die Erteilung dieser Auflage werden wir Fortsetzungsfeststellungsklage einreichen“**, so **Dieter Kern**.

Die polizeilichen Einsatzkräfte verhielten sich insgesamt korrekt und sorgten für einen reibungslosen Ablauf der Demonstration. In diesem Zusammenhang muß jedoch angemerkt werden, daß - entgegen vorheriger Absprachen - die Polizei sich weigerte, die Abreise der Demonstrationsteilnehmer zu sichern.



Das **Bündnis RECHTS** wird auch weiterhin für deutsche Interessen auf die Straße gehen und vorhandene Mißstände nachdrücklich anprangern. Wir danken allen Demonstrationsteilnehmern für das gute Gelingen der Demonstration und hoffen auf ein Wiedersehen, wenn das **Bündnis RECHTS** die Interessen des deutschen Volkes wieder auf die Straße tragen wird. □

Gewinner des Preisrätsels in der Ausgabe Nr. 5 Oktober 2000

Das richtige Lösungswort lautet "Volkstreu"

Gewonnen haben ein Buch Heinz B. aus Hamburg, ein Buch Christoph W. aus Potsdam und ein T - Hemd Tobias K. aus Baasdorf.

Herzlichen Glückwunsch!

Gestiftet wurden die Preise vom Daer / Germania Verlag und Versand.

Nachtrag: Die Preise (CD's) für das Rätsel der Ausgabe Juli 2000 wurden vom TTV Versand gestiftet.

Kurzmeldungen:**NPD – Mahnwache gegen Verbot**

Am 20.10.00 fand anlässlich der gleichzeitig stattfindenden Innenminister – Sonderkonferenz eine Mahnwache unter dem Motto „*Argumente statt Verbote – Nein zum NPD-Verbot*“ eine NPD – Mahnwache am Brandenburger Tor in Berlin statt. Mehrere Redner, darunter Parteivorsitzender Udo Voigt, Rechtsanwalt Horst Mahler und Be-

zirkssprecher René Bethage wollten damit ein Zeichen gegen die drohenden Grundrechtsbeschränkungen für Patrioten setzen. Die Appelle richteten sich vor allem an die Abgeordneten des Bundestages und die Berliner Bürgerinnen und Bürger. Ein Abhalten der Mahnwache vor dem Reichstag wurde untersagt. □

FPÖ Wien plant „Ausländerwahlkampf“

Nachdem die FPÖ bei den vergangenen Wahlen mit einer eher liberalen Kandidatin heftige Verluste einfahren mußte, setzt die Wiener FPÖ unter ihrem rechten Spitzenkandidaten, Hilmar Kabas, für die entscheidende Landtagswahl im Frühjahr 2001 wieder auf einen eindeutigen „*Ausländerwahlkampf*“. Kabas, der wegen seines gegen Überfremdung und Asylmißbrauch gerichteten Wahlkampfes von 1999 für Linke geradezu der „Teufel in Person“ ist, konnte mit diesen Themenschwerpunkten bei der Nationalratswahl 1999 mit 29% das beste Wiener FPÖ-Ergebnis aller Zeiten einfahren. Auch der Kärntner Landeshauptmann, Dr. Jörg Haider, unterstützt die Linie der Wiener FPÖ. In einem Interview mit dem linken Magazin „News“ kündigte Haider den „*Ausländerwahlkampf*“ der FPÖ in Wien an und sagte: „*Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen und*

müssen unsere Ausländerpolitik konsequent weiterverfolgen.“ Kabas selber eröffnete am 20.10.00 den Wiener Wahlkampf in der von Antifa und Linksgruppen belagerten Stadthalle: „*Österreich kein Einwanderungsland... Wir wollen unsere Heimat bewahren... Wir brauchen keine künstlich herbeigeführte multikulturelle Gesellschaft*“, so Kabas während der Eröffnungsveranstaltung. Ungewiß bleibt jedoch, wie sich die derzeitige FPÖ-Polizeispitzel – Affäre auf die Wiener Wahl auswirken wird. Neben anderen Freiheitlichen, wird auch Kabas in diesem Zusammenhang beschuldigt. Kenner der österreichischen Verhältnisse halten es durchaus für möglich, daß die Affäre eine von langer Hand geplante und gesteuerte Verleumdungskampagne gegen die FPÖ ist, um sie von der politischen Bühne verschwinden zu lassen. □

Jörg Haider im Polizeiverhör

>>In den vergangenen Jahren war die FPÖ auch eine Aufdeckerpartei, die sicher mit Informationen aus Behörden-, Polizei- oder STAPO – Beamten versorgt wurde. Dadurch konnten zahlrei-

che Skandale an die Öffentlichkeit gebracht werden. Haiders seinerzeitige, 1995 getätigte Aussage, in Österreich würden sich Ausländer aufhalten, die schwere Straftaten begangen hätten

und trotzdem nicht abgeschoben werden, will man ihm jetzt zum Vorwurf machen, da diese Information angeblich illegal beschafft worden war. Vom eigentlichen Problem der Ausländerüberflutung wollen die linken „Aufklärer“ natürlich nichts an die Öffentlichkeit kommen lassen. Damals hat niemand die Informanten zu kriminalisieren versucht, da das als eine Ablenkung von der Aufklärungsarbeit angesehen worden wäre. Nach der Veröffentlichung des ehemaligen FPÖ - Funktionärs Kleindienst im September 2000 wittern die Gegner der FPÖ Morgenluft und wollen die Aufdeckerarbeit der FPÖ nachträglich kriminalisieren. Das wird wahrscheinlich nicht gelingen, da auch zahlreiche Beamte anderer Parteien, besonders der SPÖ, Daten aus dem Polizeicomputer EKIS abgerufen haben und diese bei politischen Diskussionen verwendet wurden. Der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider ist nach eigenen Angaben im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“ am 30. Oktober 2000 in Wien von Beamten der Wirtschaftspolizei einvernommen worden. Haider bezeichnete die angeblich bei seinem Leibwächter Horst Binder sichergestellten Unterlagen als „konstruiert“. Haider sagte, die Staatsanwaltschaft gebe den Auftrag, Vorerhebungen einzuleiten, und ersuche die Wirtschaftspolizei, diese Einvernahmen durchzuführen. Dabei sei ein Termin mit ihm ausgemacht worden. Er sei auch mit Unterlagen konfrontiert worden, die bei dem zu seinem persönlichen Schutz abgestellten und inzwischen suspendierten Polizeibeamten Horst Binder angeblich gefunden worden seien. Dabei habe es sich eindeutig um „konstruierte Unterlagen“ gehandelt, sagte Haider am 31. 10. vor

Journalisten in Klagenfurt. Die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit will die Vorwürfe Haiders nicht kommentieren. Die Beweisstücke würden an die Staatsanwaltschaft übergeben werden. Die unabhängige Justiz habe sie dann zu beurteilen, heißt es aus dem Büro des Generaldirektors. Der Landeshauptmann berichtete auch über eine Hausdurchsuchung bei seinem ehemaligen Sekretär und späteren FPÖ - Bundesgeschäftsführer Gerald Mikscha am 30. 10. in dessen Kärntner Wohnung. Als man dort nicht fündig geworden sei, habe man bei der Mutter Mikschas, die seit drei Monaten Witwe sei, eine Hausdurchsuchung durchgeführt. *„Das ist unerträglich und hat mit einem Rechtsstaat nichts mehr zu tun“*, sagte der Landeshauptmann. Haider forderte wieder die möglichst rasche Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. FPÖ und ÖVP müssten vielmehr im Nationalrat auf eine *„ganze Aufklärung“* drängen, forderte Haider. Weiters trat er dafür ein, all jene, welche gegen die FPÖ jetzt unhaltbare und durch nichts bewiesene Anschuldigungen vorbrächten, zur Anzeige zu bringen. Dies sollte sowohl SPÖ- und Grün - Politiker als auch Zeitgeist - Journalisten betreffen. Zu seiner Forderung nach Einsetzung eines U - Ausschusses sagte Haider: *„Wir haben nichts zu verbergen, aber Vieles aufzuklären“*. Vor allem müsse es auch darum gehen, mehr Transparenz in der Demokratie zu schaffen. Zu den Unterlagen, die am Dienstag vergangener Woche im Zuge der Hausdurchsuchung bei Binder angeblich im Keller gefunden worden seien sagte Haider, daß es sich auf einem angeblichen Schreiben Binders an ihn, Haider, nicht um des-

sen Unterschrift gehandelt habe. Auch das Schreiben selbst sei offensichtlich „getürkt“ gewesen. Konkret habe Binder darauf ihn, Haider, wissen lassen, daß viele hochrangige FPÖ - Funktionäre Einblick in Unterlagen aus dem Polizeicomputer haben wollten. Auch sei das Schreiben, dem zwei angebliche EKIS – Auszüge beigefügt gewesen seien, laut Haider mit 23. Jänner

1994 datiert, während der Postaufgabe – Stempel das Datum 23. Jänner 1995 tragen würde. Er habe daher die Wirtschaftspolizei darauf aufmerksam gemacht, daß besagter Brief „getürkt“, die Unterschrift „gefälscht“ und das Aufgabedatum falsch seien. Haider: *„Das ist eine völlig dubiose Geschichte.“* << (aus: Wiener Nachrichten Online v. 15.11.00) □

UN

UN • Postfach 101706 • D-46017 Oberhausen

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Internet: <http://www.un-nachrichten.de> • E-Post: info@un-nachrichten.de

Nachrichtendienst und Mitteilungsblatt unabhängiger Freundeskreise

Schlierer erneut zum REP – Bundesvorsitzenden gewählt

Auf dem Parteitag der REPUBLIKANER am 18. / 19. November 2000 im schwäbischen Winnenden ist der bisherige REP – Bundesvorsitzende, Dr. Rolf Schlierer, mit 312 von 384 abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt worden. Schlierers Gegenkandidat, Hans Hirzel, der als kooperationsbereit mit anderen Rechtsparteien gilt, bekam lediglich 63 Stimmen. In der November / Dezember – Doppelausgabe der patriotischen Zeitschrift „Nation & Europa“ hatte sich Hirzel, der in der NS-Zeit Mitglied der NS – Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ war und von Freislers Volksgerichtshof zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, zuvor in einem Artikel gegen ein NPD-Verbot und für eine Solidarisierung mit den verfolgten Nationaldemokraten ausgesprochen. Schlierer hingegen, der seit 1994 an der Spitze der Partei steht, betonte in sei-

ner Parteitagsansprache erneut deutlich die Abgrenzung gegenüber der NPD. Zwischen beiden Parteien werde es auch weiterhin keine Gemeinsamkeiten und keine Kooperation geben. Insgesamt wurde das Lager der Schlierer – Kritiker auf diesem Parteitag stark geschwächt. Ihr Wortführer, Gottfried Burischek, REP – Landesvorsitzender von Hessen, fiel bei der Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden durch. Der baden-württembergische Landesvorsitzende Christian Käs, wie Burischek Verfechter eines starken Rechtskurses und einer Annäherung an andere nationale Parteien wie NPD und DVU, hatte gar nicht mehr als Vize kandidiert. Zu den Stellvertretern Schlierers wurden die Schlierer – Spezis Uschi Winkelsett, Johann Gärtner, Haymo Hoch, Dr. Peter Müller und Frank Rohleder gewählt. Gegen den zweitägigen REP – Delegiertenpartei-

tag demonstrierten am Sonnabend mehr als 2000 Feinde der Meinungsfreiheit, unterstützt von Gewerkschaften, Linksgruppen und militanten Antifa-Banden. Bei Kontrollen auf Zufahrtsstraßen und Bahnhöfen waren im Vorfeld bei Demonstranten Holzknüppel,

Benzinkanister und Flaschen sichergestellt worden. Damit erstickte die Polizei, die mit mehreren Hundertschaften im Einsatz war, frühzeitig die Gewaltabsichten des linkskriminellen Pöbels. □

DVU – Landesparteitage mit Hindernissen

>>Die 240 Mitglieder der Deutschen Volksunion (DVU), die dank Polizei und Musterdemokraten zweimal an der Ausführung ihrer Parteitage gehindert wurden, haben schließlich am Sonntag den 12. 11.2000 in Burghaun (Kreis Fulda, Hessen) die Parteitage für Hessen und Rheinland-Pfalz durchgeführt. Die Polizei oder die Politiker der „demokratischen Parteien“ waren diesmal nicht mehr in der Lage, durch die üblichen Schikanen und Einschüchterungen Schaden anzurichten. Der Wirt der Versammlungsstätte beugte sich nicht den Forderungen der Beamten, einer Auflösung der Veranstaltung zuzustimmen. So beschränkten sich die Ordnungshüter darauf, das Geschehen zu beobachten. Der Parteitag sollte ursprünglich in Heppenheim (Hessen) stattfinden. Hierzu war bereits am 28. September ein Vertrag über die Nutzung des städtischen, jedoch verpachteten Gutshofes „Halber Mond“ geschlossen worden. Heppenheims Bürgermeister Ulrich Obermayr setzte sich jedoch in den Kopf, die für einen demokratischen Rechtsstaat selbstverständliche Veranstaltung verhindern zu wollen. Dazu war ihm jedes Mittel

recht. Zunächst versuchte er es wie alle anderen Musterdemokraten: Er erließ ein Verbot der Versammlung. Doch das Verwaltungsgericht Darmstadt wies das Verbot als rechtswidrig zurück. Doch Obermayer war nicht gewillt, sich an die Entscheidung des Rechtsstaates zu halten. Wie zu absolutistischen Zeiten schuf er sich seine eigenen Regeln. Hierzu kündigte er keine 24 Stunden vor Versammlungsbeginn dem Pächter fristlos - allerdings nur zum Schein. Das Versammlungsgebäude wurde dann von der Stadt gesperrt und nicht zur Nutzung freigegeben. Nachdem die DVU in Richtung Karlsruhe umdisponierte, schloß die Stadt mit dem gleichen Pächter erneut einen Vertrag. Das Vorgehen des Obermayer offenbart eine unglaubliche Rechtsverachtung, die nichts mehr mit Demokratie zu tun hat. So spielen sich Feudalherren auf, als Bürgermeister ist dieser Mann untragbar geworden. Es ist aber auch ein typisches Zeichen, wie weit der Verfall der Demokratie in der Bundesrepublik schon fortgeschritten ist.<< (aus: Wiener Nachrichten Online v. 21.11.00) □

Spanische Nationalisten gedenken General Franco

Zum 25. Todestag des ehemaligen spanischen Staatschefs Franco versammelten sich am 19.11.00 über

2000 Spanier in Madrid zu einer traditionellen Gedenkveranstaltung. Etwa 1000 Linksextremisten versuchten die

Gedenkfeier zu stören. Die spanische Polizei konnte jedoch größere Ausschreitungen verhindern. Bereits am 18.11. versammelten sich an seinem Grabmonument im Valled de los Caidos (Tal der Gefallenen) nördlich der spanischen Hauptstadt Madrid, wo auch der spanische Falangistenführer und Nationalrevolutionär José Antonio Primo de Rivera beerdigt ist, etwa 5.000 Anhänger zu einem Gedenkgottesdienst. Die Gedenkfeiern finden traditionell am Wochenende vor oder nach dem Todestag des Generals statt. Auch aus dem Ausland, z.B. aus Deutschland, waren Nationalisten angereist, um an den Gedenkveranstaltungen für Franco teilzunehmen. Francisco F. B. Franco wurde am 4. 12. 1892 in El Ferrol geboren und wurde Berufssoldat. 1935 wurde er zum Generalstabschef des spanischen Heeres

ernannt. 1936 wollte ihn die sozialistische Regierung wegen seiner anti-kommunistischen Haltung kaltstellen, worauf Franco mit den spanischen Kolonialtruppen von Marokko nach Spanien kam und den Kampf gegen die Linksregierung aufnahm. In dem folgenden Bürgerkrieg wurde Franco von deutschen (Legion Condor) und italienischen Freiwilligen unterstützt, während den Kommunisten und Sozialisten aus aller Welt die linken Regierung zur Hilfe kamen. 1939 übernahm er die Macht, die er bis zu seinem Tod am 20. November 1975 innehatte. Franco hielt sein Land aus dem 2. Weltkrieg heraus, entsandte aber den Freiwilligenverband "Division Azul" („Blaue Division“) zur Unterstützung der deutschen Wehrmacht an der Ostfront. □

www.widerstand.com/zorgan/welcome.html

Zentralorgan

Zentralorgan als Kampfzeitung der Nationalen Opposition!

E-mail: zentralorgan@widerstand.com

Anschrift: Zentralorgan, c/o Postfach 12 02, D – 19288 Ludwigslust

Professor Sojka tritt der NPD bei

Der Rechtswissenschaftler und Historiker Prof. Dr. Dr. Klaus Sojka hat seinen Eintritt in die Nationaldemokratische Deutschlands (NPD) erklärt. Sojka möchte mit diesem Schritt ein

Zeichen der Solidarität mit den bedrängten Nationaldemokraten setzen. Das vormalige DVU – Bundesvorstandsmitglied wurde wegen seiner Kritik am Führungsstil des Volksunion –

Bundesvorsitzenden Frey aus der DVU ausgeschlossen und trat danach schon als NPD-Sympathisant in Erscheinung. So sprach er auf der letzten NPD – Großkundgebung in Passau als Redner und führte als Rechtsanwalt der

Nationaldemokraten erfolgreiche Prozesse gegen die undemokratischen Kontokündigungen. Prof. Dr. Dr. Sojka gilt jedoch auch nach seinem NPD – Beitritt als Verfechter der gemeinsamen nationalen Sache. □

Neuer NHB – Bundesvorstand im Amt

Auf der letzten Bundesversammlung des Nationaldemokratischen Hochschulbundes e.V. (NHB) wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Der bisherige Bundesvorsitzende, Dietmar Engelhard, Student der Politikwissenschaft und Redaktionsmitglied der nationalen Publikation „Nation & Europa“, trat aufgrund von Examensvorbereitungen nicht mehr an. Zum neuen NHB – Vorsitzenden wurde Martin Laus aus Kaiserslautern. Weiterhin wurden in den Bundesvorstand der NPD – Studentenorganisation Dennis Witt (Essen), Arne Schimmer (Karben) und der Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Geschichte“, Jürgen W. Gansel, M.A. (Starnberg) gewählt. In einem Rundschreiben teilte

der alte und neue Bundesgeschäftsführer Gansel den NHB – Mitgliedern mit: *„Entsprechend unserem Leitspruch ‚Denken - Handeln - Siegen‘ wird der neue Vorstand den Kampf um die medial vernebelten Köpfe unserer Landsleute mit aller Entschiedenheit aufnehmen. Dem nationalen Geist wird dann eines nicht allzu fernen Tages wie selbstverständlich die befreiende nationale Tat folgen. ALLES FÜR DEUTSCHLAND!“* Informationen über den NHB sowie die vielfältigen Seminare und Aktivitäten, die angeboten werden, können angefordert werden unter: **NHB e.V., Postfach 610151, 90221 Nürnberg, E-Post: MLaus1@aol.com (Martin Laus, NHB – Bundesvorsitzender).** □

Le Pen verliert endgültig EU – Mandat

Am 23. Oktober 2000 lehnte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte einen Dringlichkeitsantrag des Front – National – Vorsitzenden Jean Marie Le Pen ab. Der französische Nationalistenführer wollte mit seinem Antrag den gegen ihn verhängten Entzug seines Mandates im Europaparlament verhindern. Der Europäische Gerichtshof verwarf diesen jedoch als unbegründet, worauf der 71-jährige FN – Chef seinen Sitz im Straßburger EU – Parlament räumen mußte. Hintergrund

dieser nur als Justizfarce zu bezeichnenden Repression gegen den französischen Nationalisten ist eine Rängelei im FN – Wahlkampf 1997, bei der sich Le Pen körperlich gegen Angriffe von linksextremistischen Elementen, u.a. eine Politikerin der Sozialistischen Partei, zur Wehr gesetzt hatte. Le Pen stand schon in mehreren Prozessen im Konflikt mit der internationalen Justizwillkür, u.a. wegen geschichtsrevisionistischer Äußerungen. □

Richter Schill zu einer Geldstrafe von 12.000 DM verurteilt

Der Hamburger Richter und Vorsitzende der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (P.R.O.), Ronald B. Schill, ist in dem Rechtsbeugungsverfahren (siehe „Lübscher Aufklärer“ Nr. 5 / 2000) zu einer Geldstrafe von 12.000 DM verurteilt worden. Darüber, daß dieses Urteil auch als politische Ohrfeige gegen den unbeugsamen Richter zu verstehen ist, sind sich genaue Beobachter des Prozesses einig. Der 1. Stv. Bundesvorsitzende der P.R.O., Mario Mettbach, zugleich auch Landesvorsitzender der Schill – Partei in Hamburg, gab zu diesem Justizskandal folgende Erklärung ab:

**Info – Telefon
Karlsruhe**

0721 - 95 105 35

„Am Freitag, den 13.10.2000 wurde der Vorsitzende der P.R.O. – Ronald Barnabas Schill - zu einer Geldstrafe von DM 12.000,- verurteilt. Zunächst einmal der Vorfall, welcher zu Anklage führte: Vor ca. 1 ½ Jahren führte R.B. Schill als Strafrichter den Vorsitz in einem Verfahren, in dem ein Angehöriger der linken Hamburger Szene wegen Nötigung von Polizeibeamten vor Gericht stand. Weil die Zuschauer (ebenfalls der linken Szene zugehörig) bei der Urteilsverkündung trotz mehrmaliger Aufforderung und teilweiser Räumung des Gerichtssaals nicht aufstehen wollten, drohte Herr Schill Ordnungsstrafen an. Es kam zu Tumulten im Gerichtssaal, bei dem eine Justizbeamtin verletzt wurde. Herr Schill

nahm daraufhin – nach wiederholter vorheriger Ankündigung – zwei der Zuschauer in 3-tägige Ordnungshaft; bis zu 7 Tagen wären zulässig gewesen. Dagegen legten die Rechtsanwälte der beiden Haftbeschwerde ein. Diese waren unverzüglich zu bearbeiten, was nach der allgemein gültigen Rechtsauffassung innerhalb von 3 Tagen zu geschehen hatte. Durch widrige Umstände (weitere Verhandlungstermine, Drohungen gegen Schill – er musste daraufhin seine Wohnung besonders sichern lassen -, Klärung von Rechtsfragen, Abwesenheiten der Protokollführerin etc.) konnte Herr Schill die Haftbeschwerden erst 1 ½ Tage nach Kenntnisnahme an das zuständige Oberlandesgericht weiterleiten, also in der Hälfte der Zeit, welche nach allgemeiner Rechtsauffassung zur Verfügung standen. Das OLG hob die Haftbeschwerden aus formalen Gründen auf (es konnte in dem Tumult keine Rechtsmittelbelehrung mehr erfolgen). Dieser Ablauf führte dazu, daß die Staatsanwaltschaft in Hamburg Herrn Schill vorwarf, die Haftbeschwerden vorsätzlich nur verzögert bearbeitet zu haben und er somit das Verbrechen der Rechtsbeugung in Tateinheit mit Freiheitsberaubung begangen habe. Das Gericht, welches Schill nun verurteilte, konnte in seiner Urteilsbegründung jedoch nicht nachvollziehbar glaubhaft machen, warum der Tatvorwurf der Rechtsbeugung berechtigt sei, hingegen eine Freiheitsberaubung nicht. Auch die Tatsache, daß hier lediglich eine Geldstrafe ausgesprochen wurde, wo das Strafgesetzbuch doch bei Rechtsbeugung eine Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr vorsieht, zeigt,

daß es sich bei diesem Urteil um eine **Abstrafung** eines für Justiz und Politik in Hamburg unliebsamen Richters handelt. Und äußerst interessant ist die Aussage des Vorsitzenden der großen Strafkammer 3, Richter Göhlich, in seiner mündlichen Urteilsbegründung, in der er sagte, „ die Entscheidung der Kammer könne vielleicht vor dem Bundesgerichtshof keinen Bestand haben.“ Hierzu schreibt DIE WELT am 14.10.00: ‚Dies präjudiziert geradezu eine aufhebende Entscheidung. Vertrauen in das Urteil erweckt dieser Schlußsatz auf keinen Fall.‘ Herr Schill hat unmittelbar nach der Verkündung gegen das Urteil Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt. Solange der BGH kein Entscheidung getroffen hat, gilt Schill **nicht** als vorbestraft, sondern es gilt – wie im deutschen Recht festgeschrieben – die Unschuldsvermutung. Er bleibt weiterhin als Richter im Amt, wenn auch bis zum Urteil des BGH suspendiert (d.h. sozusagen im Zwangsurlaub). Und selbst eine Bestätigung des Urteils vor dem BGH würde keine automatische Entfernung aus dem Richteramt zur Folge haben, daß das Urteil unterhalb der Ein – Jahres – Grenze liegt. Auch als Vorsitzender der P.R.O. wird Herr Schill weiterhin zur Verfügung stehen. Er hat lediglich angekündigt, von diesem Amt zurückzutreten, sofern er **rechtskräftig** verurteilt werden würde. Dies ist nicht der Fall und davon ist realistisch auch nicht auszugehen, insbesondere,

wenn selbst der Richter Göhlich annimmt, sein Urteil könne vielleicht vor dem BGH keinen Bestand haben. Abschließend sei anzumerken, daß auch die Frage der Kandidatur von Herrn Schill für die kommende Bürgerschaftswahl von diesem Urteil in keiner Weise berührt wird. Die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg und der ganzen Bundesrepublik dürfen fest davon ausgehen, daß Herr Schill im September 2001 als Spitzenkandidat mit einem überragenden Wahlergebnis in die Hamburgische Bürgerschaft einziehen, das Amt des Innensenators übernehmen und somit der hohen Kriminalität durch Umsetzung der Programmpunkte Einhalt gebieten wird. Dieses Urteil zeigt allen, daß es in Hamburg um die Justiz noch viel schlimmer bestellt ist, als wir es alle bisher angenommen haben. Spätestens nach diesem Urteil muß an der immer so gepriesenen Unabhängigkeit der Richterschaft gezweifelt werden. Wir werden daher nicht aufgeben, sondern unser Motto innerhalb der P.R.O. lautet nun: **JETZT ERST RECHT!**“

Nähere Informationen zu diesem Vorfall sowie weitere Infos zur P.R.O. und Richter Schill sind unter folgender Adresse / Tel.-Nr. / E-Post – Adresse zu erhalten:

P.R.O., Gotenstraße 12 , 20097 Hamburg, Tel.: 040 / 23 68 60 01

Fax: 040 / 23 68 60 03

e-mail: pro@planet-interkom.de

Internet: www.PRO-Schill.de ☐

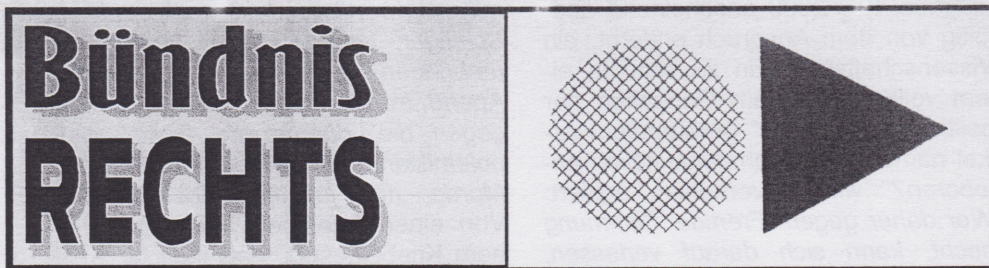
Großer Zuspruch bei Berliner Demonstration

>>Mit 1200 Teilnehmern ist den Veranstaltern der Demonstration "Meinungs- und Versammlungsfreiheit statt Verbote!" in Berlin ein großer Erfolg gelungen.

Initiiert wurde der Protest auch von dem NPD-Aktivisten Steffen Hupka, der sich zur Zeit einem Ausschlußverfahren stellen muß, u.a. weil er den

Beschluß des NPD-Parteivorstandes mißachtet hatte, vorerst keine Demonstrationen durchzuführen. Nach den zahlreichen Demonstrationen der letzten Wochen sollte die NPD nun aber ihre Position überdenken und wieder zu dem richtigen Konzept des "Kampfes um die Straße" zurückkehren. Auch die Systempolitiker dürften inzwischen bemerkt haben, daß nationaler Widerstand auch noch möglich ist, wenn man die NPD verbietet. Pikanter Weise hilft selbst die Polizei inzwischen mit, die nationalen Demonstrationen freundlicher zu gestalten. Als Auflage war verhängt worden, daß keine Fahnen, Trommeln und Fackeln mitgeführt werden durften. Was als Beschränkung gedacht war, machte den Zug aber wesentlich sympathischer und regte offenbar auch die Phantasie der Teilnehmer an, die mit äußerst treffenden

Plakaten und Transparenten durchaus auf Zustimmung in der Bevölkerung stießen. Nur knapp 500 Gegendemonstranten vor allem aus dem Antifamilien mühten sich mit Gewaltattacken für eine Störung des nationalen Umzuges zu sorgen. Der Polizei, mit 1800 Beamten im Einsatz, gelang es zunächst, die Antifaschisten auf Distanz zu halten. Hier und da gab es vereinzelt Straßenblockaden ohne nennenswerte Auswirkungen. Erst später, nach Ende der Kundgebungen, kam es zu einigen wenigen Auseinandersetzungen, Verletzte wurden zunächst nicht gemeldet. Die für Dessau geplante Demonstration einer Initiative gegen Drogen wurde wegen des langen Gerichtsstreites schließlich zugunsten des Umzuges in Berlin abgesagt.<< (aus: NIT v. 5.11.00) □



Rechtsanwalt Rieger von Landgericht freigesprochen

>>Der bekannte Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger ist vor dem Hamburger Landgericht in einem Volksverhetzungs – Prozeß freigesprochen worden. Dabei ging es um seine Verteidigung in einem Prozeß gegen den nationalen Aktivist Thomas Wulff. Darin hatte Rieger einen Beweisantrag zum Thema "Giftgas im Konzentrationslager Auschwitz" gestellt. Das Gift-

gas sei zur Entlausung von Kleidung genutzt worden, hatte er damals argumentiert. Der von Rieger zur Beweisführung seiner These herangezogene Chemiker hatte Gesteinsproben aus den Gaskammern untersucht und dabei angeblich herausgefunden, daß die bläulichen Ablagerungen aus der Verwendung des Giftgases zur Entlausung stammten. Das Landgericht

bewertete den Antrag als zulässig im Rahmen der Verteidigung eines Mandanten. In einem Urteil des Bundesgerichtshofs zum Fall Bock in Mannheim heißt es, daß der Tatbestand der Volksverhetzung grundsätzlich auf Verteidigungshandlungen nicht anzuwenden sei, soweit dem Mandanten ebenfalls Volksverhetzung vorgeworfen werde. In der Demokratie müsse der

"Verteidigung ein gewisses Maß an Narrenfreiheit eingeräumt werden", erklärte der Richter. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Geldstrafe von 18.000 Mark beantragt. Rieger habe eine historische Tatsache geleugnet, was nicht mehr von der nötigen Verteidigerhandlung umfaßt sei. Die Staatsanwaltschaft prüft nun eine Revision.<< (aus: NIT v. 13.11.00) □

NPD-Verbotspapier im Internet

Ein 74-seitiges Pamphlet, das als Grundlage für den Verbotantrag gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) dienen soll, ist jetzt in dem Internetangebot des Bundesinnenministeriums anzusehen und herunterzuladen. Wer das äußerst

dürftige und mit Allgemeinplätzen sowie Mutmaßungen ausgestattete Verbotspapier durchlesen möchte, kann es sich unter http://www.bmi.bund.de/downloads/NPD_Verb.pdf herunterladen. □

Wissenschaftsmagazin „P.M.“ beteiligt sich am „Kampf gegen Rechts“

Die Zeitschrift „P.M.“ hat sich in Ihrer Ausgabe 12 / 2000 anscheinend endgültig von dem Anspruch entfernt, ein Wissenschaftsmagazin zu sein. In einem vollkommen dem Gedanken der „political correctness“ gewidmetem Artikel namens „Ist Fremdenfeindlich angeboren?“ wird unverhohlen agitiert: „Wer daher gegen ‚Fremde‘ Stimmung macht, kann sich darauf verlassen, dass das gut funktioniert - und er weiß auch, dass diese Stimmungen bei einigen Menschen auf besonders fruchtbaren Boden fallen. Wer Kampagnen ge-

gen Ausländer startet, ist deshalb dafür mitverantwortlich, dass rechtsradikale Schläger wenig später irgendeinen umbringen, der ihnen an diesem Abend fremd vorgekommen ist. Wer gegen die ‚durchrasste Gesellschaft‘ polemisiert, ist mitverantwortlich für Morde - nicht juristisch, aber faktisch.“ Von einer derartigen Meinung zu einem Knebelgesetz, daß jegliche Kritik an Asylmißbrauch und Überfremdung unter Strafe stellt, ist es in der heutigen Zeit nur noch ein kleiner Schritt. □

**“Teuer ist mir der Freund,
doch auch den Feind kann ich nutzen;
zeigt mir der Freund was ich kann,
lehrt mich der Feind , was ich soll.“**

Friedrich von Schiller

Leserbriefe:

Nachfolgender Leserbrief sollte ursprünglich im Politmagazin Nation & Europa in der Doppelausgabe Juli / August 2000 erscheinen. Dort wurde dieser Brief aus angeblichen Platzgründen nicht abgedruckt. Daraufhin wurde nochmals um Abdruck in der darauffolgenden Ausgabe September 2000 gebeten. Dies geschah jedoch leider nicht. Da uns dieses Thema wichtig erscheint, haben wir uns entschlossen ihn hier zu veröffentlichen.

Offener Brief von Dennis Entenmann im Heuert 2000

Deutsche Aufbauorganisation (DAO) – Die Kräfte zusammenführen?

Unter der Überschrift „Die Kräfte zusammenführen“ wurde in der Mai 2000 Ausgabe der Zeitschrift „Nation & Europa“ über eine so genannte Deutsche Aufbauorganisation (DAO), welche unter Federführung von Alfred Mechttersheimer sein soll, berichtet.

Doch was steckt wirklich hinter dieser DAO?

In einer Presseerklärung der DAO vom 17.03.2000, welche von Alfred Mechttersheimer, Harald Neubauer und Baldur Springmann unterzeichnet wurde, heißt es: „... wurde die Dao ins Leben gerufen, in der politische Freunde aus allen Parteien des demokratischen, patriotischen Spektrums mitarbeiten ... in der DAO finden sich nicht Parteien sondern Menschen zusammen ... DAO eine Plattform, auf der sich alle gleichberechtigt begegnen können ...“

Gleichzeitig heißt es in einer Pressemitteilung des Aufbruch 99 vom 26.03.2000: „Einer möglichen Einbeziehung von DVU oder NPD in die Fusionsbestrebungen erteilte Dr. Kappel eine klare, ja grundsätzliche Absage...“ Da fragt man sich, wo hier eine Zusammenführung geplant ist. Die DAO will eine politische Plattform für alle Parteien sein, grenzt aber von Anfang an schon Parteien aus!

Im Ostpreußenblatt vom 11.03.2000 heißt es: „Nach jahrelangem Tauziehen

und einer ganzen Reihe deprimierender Wahlniederlagen haben sich die Spitzen der bürgerlichen Kleinparteien BUND FREIER BÜRGER (BFB), Deutsche Soziale Union (DSU) und Deutsche Partei (DP) darauf verständigt, ihre Gruppierungen „zum schnellst möglichen Termin“ zu vereinigen. Die neue Formation soll den Namen „Deutsche Partei“ tragen ... positiv fiel die Reaktion des Friedensforschers und Vorsitzenden der „Deutschland – Bewegung“, Alfred Mechttersheimer aus, der mit dem Urgestein der Ökologiebewegung Baldur Springmann die parteiübergreifende Deutsche Aufbau Organisation ins Leben ruft, wünscht einer neuen DP den größtmöglichen Erfolg ..., die Schleswig - Holstein Wahl war nicht ermutigend, räumt Kappel (BFB – Chef) ein. Die erwartete Ohrfeige für die CDU sei erstaunlich milde ausgefallen. Man könne daraus natürlich den Schluß ziehen, erst einmal abzuwarten, bis „uns das Wasser bis zum Halse steht“ doch dann, so ahnt Kappel, könnten radikale Kräfte, vielleicht sogar europaweit, politisches Kapital daraus ziehen und die absehbare krisenhafte Zuspitzung der Lage für ihre demokratiefeindlichen Absichten ausschlagen...“

Die DAO will eine politische Plattform für Nationalisten aus allen Gruppen

und Parteien bieten.

Das ist ja alles schön und gut und grundsätzlich zu befürworten, doch eine wirkliche Zusammenführung können die Herren nicht ernst meinen, da die DAO nur ein schlecht kopierter Abklatsch das BÜNDNIS RECHTS ist, welches schon sei längerem aktiv ist und genau diese Ziele verfolgt. Anstatt sich dem BÜNDNIS RECHTS anzuschließen und somit den wirklichen Einigungs- und Zusammenführungswillen zu zeigen, gründet man lieber was Eigenes (die Idee zudem geklaut) und spaltet gleichzeitig. Alle Möchtegern Patrioten reden immer wieder von Vereinigung, aber dies sind bis jetzt nur Lippenbekenntnisse gewesen. Es müssen endlich Taten folgen und zwar durch echten Einigungswillen und nicht durch Gründung einer neuen Organisation – denn das spaltet!

Die 14-tägige SPD nahe Zeitschrift "blick nach rechts" zitiert hierzu Dieter Kern (Vorsitzender des BÜNDNIS RECHTS): „Eine Neugründung einer sogenannten Aufbauorganisation deren Inhalte es sein soll, eine gemeinsame Plattform zu bieten, kommt einer Nachahmung des politischen Anliegens des BÜNDNIS RECHTS sehr nah. Es muß hier zwangsläufig die Frage gestellt werden, warum sich die Initiatoren dieser so genannten Aufbauorganisation nicht dem Bemühen des BÜNDNIS RECHTS anschließen. Wenn man sich näher mit diesem Thema und mit den Initiatoren beschäftigt, kommt man schnell zu dem Ergebnis, das diese Aufbauorganisation in Wirklichkeit keine Plattform für alle Nationalisten bilden soll, sondern nur dazu dient, wieder einmal nationalgesinnte Bürger unter einen neuen

Namen zu sammeln und ins Leere zu führen. Insbesondere unter der Berücksichtigung, daß die Parteien die miteinander fusionieren wollten, die selben sind, die sich an einer Neugründung einer Aufbauorganisation beteiligen, bzw. wenn man sich die Initiatoren näher betrachtet, insbesondere deren kürzlich veröffentlichte Erklärung über Abgrenzungen zu anderen Nationalisten, fällt sicherlich bei jedem schnell der Groschen. Die Glaubwürdigkeit dieses Vorhabens aber auch die der Initiatoren ist daher erst einmal ernsthaft in Frage zu stellen. In Frage zu stellen ist aber auch der Erfolg dieses Vorhabens, denn zum gewünschten Erfolg kommen wir nur, wenn alle Nationalisten an einem Strang ziehen.“ Die Partei VEREINIGTE RECHTE (VR) hat hier ihrem Namen alle Ehre gemacht und ist als erste Rechtspartei dem BÜNDNIS RECHTS beigetreten. Außer mit dem VR arbeitet das BÜNDNIS RECHTS auch mit vielen losen Kameradschaften (z.B. DFS 'Deutscher Freundeskreis Schwaben'), Vereinen und Einzelaktivisten zusammen.

Das BR ist die EINZIGE Plattform für eine Vereinigung und alle wirklich einigungswilligen Patrioten werden früher oder später sich dem BR anschließen. Jede weitere Gründung einer ähnlichen Organisation, wie die DAO ist keine Zusammenführung sondern erneute Abgrenzung und Spaltung des nationalen Lagers.

Für jeden echten Patrioten sollte daher klar sein: Weg mit der Spalterorganisation DAO, hinein ins BÜNDNIS RECHTS!

Mit volkstreuem Grüßen

Dennis Entenmann – Freier Nationalist – □

Funk: 0171 - 89 449 66

Kameradschaft ist mehr



als nur ein Wort!

Motiv Nr.: 533

Deutsches Reich



Motiv Nr.:785

Odins Rache



kommt bestimmt

Motiv Nr.093

Wir liefern:
bedruckte T-Shirts,
Sweatshirts,
Kapuzenpullover,
Poster, -
über 200 Motive,-
Aufnäher,
Anstecker, Schmuck,
Armeeausrüstung
Fahnen,
CD's u.MC's u.v.m.!



Aufnäher



2 - Versand

Postfach 21 14

D - 33437 Clarholz

Demonstration in Dortmund

Von Kevin W.

Hallo Kameraden des "Lübschen Aufklärers", anbei übersende ich Euch wieder einmal einen Bericht, diesmal zur Demonstration in Dortmund am 21. Oktober 2000. Vielleicht könnt Ihr den in der nächsten Ausgabe veröffentlichen. Bis dahin mit kameradschaftlichen Grüßen Kevin.

Am 21. Oktober 2000 war in Dortmund ein Aufmarsch. Weil das von Hamm aus gleich um die Ecke liegt, wollten wir dort natürlich hin, aber es war so ein Hickhack, bis alles genehmigt war. Am Morgen ca. 9:00 Uhr haben wir uns getroffen, daß Infotelefon angerufen und dort hieß es, alles genehmigt. Dann sind wir frohen Mutes bis Dortmund – Stadthaus losgefahren, wo nämlich der Treffpunkt war. Als wir eingetroffen sind, waren bereits schon einige Kameraden vor Ort. Die Polizei hat uns dann erst einmal verklickert, daß schwarz – weiß – rote Flaggen nicht genehmigt sind. Das war natürlich für einige Kameraden dumm, die eine schwarz – weiß – rote Flagge dabei hatten.

Die Demonstration stand unter dem Motto "Gegen die verleumderische Berichterstattung und Hysterie gegen RECHTS" und "Die pazifistische Oktoberrevolution des Nationalen Widerstandes Dortmund".

Als alle Teilnehmer eingetroffen waren, es waren ca. 600 Kameraden, hielt Christian Worch gegen 14:00 Uhr eine Rede. Leider konnten wir kaum ein Wort verstehen, weil ein Polizeihubschrauber der über uns hinwegflog so viel Lärm verursachte, daß die Rede von Christian Worch kaum zu verstehen war. Danach sind wir losmar-

schiert. Später kam es dann zu einer Zwischenkundgebung, bei der Friedhelm Busse zu Wort kam. Seine Rede war sehr gut. Anschließend setzten wir den Demonstrationsmarsch fort, bis wir von linken Gegendemonstranten gestoppt wurden, die wohl die Straße versperrt hielten, so daß die Polizeieinsatzkräfte einschreiten mußten (wohl mit gut Zureden, solange, wie das gedauert hat), um die Straße wieder für den nationalen Widerstand frei zu machen. Als die Straße nun endlich wieder frei war, ging es zum Treffpunkt zurück. Dort kam es noch zu einer Abschlussskundgebung, bevor wir wieder die Heimreise antraten.

Fazit: Ein ordentlicher Aufmarsch, der mal wieder nach der ganzen Pressehetze in der letzten Zeit nötig war. Ich denke, wir haben damit so etwas wie ein Zeichen gesetzt.

Am Hauptbahnhof kam es noch zu einer Keilerei zwischen 10 Kameraden und ca. 150 Linkschaoten, wobei zwei Kameraden verletzt wurden. Der Hauptbahnhof sollte aber auch gemieden werden, was bei den Kameraden wohl nicht ganz angekommen ist. Ansonsten war alles gut verlaufen. Anzumerken ist noch, daß auch Kameraden aus Dänemark, Schweden und der Schweiz an dieser Demonstration teilgenommen hatten. □

Der Fall Maaßen Warnung an alle Nationalisten

Liebe Kameradinnen und Kameraden, nachfolgender Brief ist Dieter Kern von Peter K. Maaßen zugestellt worden. Vielen von Euch ist Maaßen kein Unbekannter mehr, aber nicht alle wissen über Maaßen bescheid. Er gibt sich gerne als Patriot und Revisionist aus, aber in Wirklichkeit sammelt er Daten von Kameraden und bietet dafür sogar Geld.

Maaßen schrieb für den LA Ausgabe 3 im Mai 2000 einen Leserbrief unter dem Titel "Der Fall Kay Diesner – Nationaler Gefangener oder nicht?" Obwohl ihm von einer Veröffentlichung abgeraten wurde, bestand er darauf. In der Ausgabe 4 Juni 2000 erschien eine Antwort auf den Maaßen – Leserbrief von Frank Eberlein.

Wer in den Wald hineinschallt, muß auch das Echo abkönnen, nur Maaßen anscheinend nicht, der selbst gegessen hat und somit ebenfalls ein "Krimineller" ist. Inzwischen verschickt Herr Stadtrat a.D. Flugblätter über Dieter Kern mit dem Titel "Nationalpolitischer Hochstapler". Der nachfolgende Brief sagt wohl alles über Maaßen, daher Kameradinnen und Kameraden, Vorsicht vor Maaßen, denn er ist alles andere als ein Patriot und Revisionist!

Die Unabhängigen Konservativen (DUK)

– Kommunale Wählergemeinschaft für Deutschland –

– Das Vorstandsgremium –

DUK – P.K. Maaßen - Pf. 41 02 34 - 44272 Dortmund

Herrn

Dieter Kern

Postfach 10 81 09

23530 Lübeck

02. November 2000

Sehr geehrter Herr Kern,

es geht immer noch um die Angelegenheit "Kinderschänder / Frank Eberlein". Die Staatsanwaltschaft Lü-

Peter K. Maaßen

(Stadtrat a.D.)

- Historiker / Revisionist -

Postfach 41 02 34

44272 Dortmund

(01 70) 6 86 01 19

(01 78) 5 23 74 14

GEBÜHRENFREIE HOTLINE

Für DUK – Mitglieder

Mit PIN – Nummer:

0800-6620066

0800-6630066

beck teilte mir heute mit, daß Sie den Leserbrief angeblich anonym bekommen haben ☺. Sie und ich, wir wissen

beide, daß das nicht den Tatsachen entspricht. Sie wissen sehr wohl, was für ein Subjekt sich hinter dem Pseudonym "Frank Eberlein" verbirgt.

Letztendlich kommt es mir aber auf die wahre Identität dieses Spinners gar nicht mehr an. Es ist nur nach wie vor eine dreiste Frechheit von Ihnen, daß Sie diesen Blödsinn veröffentlicht haben. Wo sind Ihre Beweise, daß ich ein Kinderschänder sei? Oder sind Sie auch bereits mit dem "Maaßen-ist-ein-VS-Agent"-Virus befallen und verbreiten Lügen über mich? Dann werden Sie schnell wieder gesund ...

Ich fordere Sie hiermit ganz offiziell auf, Daß Sie sich für diesen Abdruck im LA bei mir schriftlich entschuldigen. Hierfür setze ich Ihnen Frist bis zum 14. November 2000. Sollten Sie diese Frist verstreichen lassen, werde ich Sie auf Schmerzensgeld verklagen. Hier scheint mir eine Summe in Höhe von ca. 5.000,- angemessen zu sein. Sie haben nachhaltig meinen Ruf als objektiven Politiker geschädigt. Nach der Veröffentlichung im LA gehen hier regelmäßig SMS-Nachrichten ein, die mich immer wieder als Kinderschänder diffamieren, was ich auch jederzeit beweisen kann.

Es mag sein, daß Sie jetzt über diesen Brief schmunzeln, aber Sie sollten sich der Tragweite gewiß sein. Mit einer offiziellen Entschuldigung ist diese Angelegenheit für mich erledigt, ansonsten werde ich Dauerklagen gegen Sie einreichen. Mir kommt es auf ein paar

Mark nicht an, selbst wenn ich immer und immer wieder verlieren sollte. Irgendwann werde ich mit einer Klage Erfolg haben, auch wenn es nur 100,- DM Schmerzensgeld sein sollten. Mir werden auch 10.000,- DM nicht schmerzen, ich muß für mein Geld nicht arbeiten gehen, Ihnen tun aber bestimmt auch nur 100,- DM weh.

Um der ganzen Angelegenheit noch die Krone aufzusetzen, würde ich das erklagte Schmerzensgeld dann einem Asylantenheim in Lübeck spenden, mit den besten Grüßen von Ihnen ...

Sie sollten sich also selbst dazu überreden, die Entschuldigung an mich zu senden, damit diese Angelegenheit zum Abschluß gebracht werden kann.

Sollte ich nichts von Ihnen hören, werde ich auch gegen Sie Aufklärungsarbeit leisten. Mir reicht es nämlich so langsam, daß sich jeder Hanserl gegen mich auflehnt. Über Ihre extremistischen Umtriebe würde ich dann auch Ihren Dienstherrn mit entsprechenden Nachweisen informieren.

Mit patriotischem und revisionistischem Gruß
DIE UNABHÄNGIGEN

KONSERVATIVEN (DUK)

– Kommunale Wählergemeinschaft für Deutschland –

Gez. Peter K. Maaßen
(Stadtrat a.D.)

– Mitglied im DUK – Vorstandsgremium – □

An kleinen Dingen muß man sich nicht stoßen, wenn man zu großen auf dem Wege ist.

Friedrich Hebbel

Bekanntmachung des B.h.F. (Bund heimattreuer Frauen)

„Kurdinnen und Türkinnen haben mehr Ehre als jede deutsche Frau!“
(Peter K. Maaßen auf die Frage, warum er eine Kurdin geheiratet habe)

Peter K. Maaßen, welcher sich selbst als Revisionist und Patriot deklariert und als Landesbeauftragter der Vereinigten Rechten (VR) in NRW agierte, versucht Kameraden verschiedener Bünde und Vereinigungen durch Hetzaktionen mundtot zu machen. Dieser Schuß geht glücklicherweise meistens nach hinten los.

Es kam zu Gesprächen zwischen Betroffenen, welche auch sofort handelten und den Bundesvorsitzenden der VR auf diese Angelegenheit aufmerksam machten. Dieser versuchte zuerst zu schlichten und hoffte den Kleinkrieg zu verhindern.

Dennoch gab Peter K. Maaßen nicht auf und wollte ein Postfach des Mädelsbundes sperren lassen, den Nationalen Nachrichten Dienst (nationaler sms Sever) „ausschalten“ und drohte mit massiven rechtlichen Schritten, wenn man nicht sofort aufhören würde, gegen ihn zu „hetzen“. Der Druck auf ihn ließ jedoch nicht nach und schließlich trat er freiwillig aus der VR aus, um einen Ausschuß seitens der Partei zuvor

zu kommen, da mehrere Anträge auf Parteiausschuß gegen Maaßen liefen. Inzwischen hat Peter K. Maaßen eine neue Partei gegründet, welche sich „Die Unabhängigen Konservativen“ (DUK) nennen. Im Vorstand sitzt seine türkische Rechtsanwältin, Ricky (ex Tic Tac Toe) und er selbst. Wenn man sich die Mitgliederlisten ansieht, so findet man höchstens 50% deutschstämmige Personen.

Wir werden es nicht zulassen, daß weitere, meist junge und unerfahrene Kameraden auf ihn hereinfallen. Mit diesen Zeilen möchten wir uns ausdrücklich von Peter K. Maaßen distanzieren.

Liebe Kameraden, liebe Kameradinnen: Öffnet die Augen! Laßt Euch nicht hinters Licht führen! Ihr bringt Euch und Eure politische Arbeit in Gefahr!

B.h.F., Postfach 301183, 50781 Köln
Der Inhalt dieses Schreibens kann jederzeit durch von Peter K. Maaßen selbst verfaßten und an uns gerichteten Schriftstücken nachgewiesen werden.

Lisa Sagrudny
Postfach 301183
50781 Köln

Peter K. Maaßen
Postfach 410234
44272 Dortmund

Offener Brief, 19. November 2000

Grüß Dich Peter,

zunächst möchte ich mich für Deine Entschuldigung bedanken, jedoch ist diese nicht akzeptabel. Wegen wiederholter Veröffentlichung meiner Anschrift muß ich Dich ein weiteres Mal anprangern. Die sofortige Unterlassung der Veröffentlichung meiner Anschrift dürfte keine zu hoch gegriffene Forderung sein. Da ich nicht im Wissen darüber bin, wer Deine monatlichen Zeilen

zugesendet bekommt, muß ich davon ausgehen, daß unerwünschte Personen mitlesen.

Im eigentlichen, noch nicht geklärten, Fall werde ich durch Veröffentlichung meiner Daten als vogelfrei eingestuft und mit „gewaltätigem Gesindel“ in einen Topf geschmissen. Ebenso muß ich mir ernsthafter Gedanken um die Sicherheit meiner Familie machen. Von daher wird es mit einer schriftlichen Entschuldigung Deinerseits nicht abgetan sein.

Das Flugblatt des B.h.F. (Bund heimattreuer Frauen), welches die Distanzierung des B.h.F. von Peter K. Maaßen deklariert, wird aus diversen Gründen nicht aus dem Verkehr gezogen – diese Gründe werde ich folgend kurz erläutern.

Daß Du, Peter, ja doch eine, nicht jedem geheuer erscheinende Persönlichkeit bist, dürfte Dir ja wohl bis zum heutigen Zeitpunkt bewußt geworden sein. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß Du Kritik in den seltensten Fällen gut verdauen kannst, sowie damit, daß Du nicht mit den (nicht mehr vorhandenen) Geheimnissen Deines Privatlebens geizt.

Das Kameraden auf Dich verdammt allergisch reagieren ist für mich in den meisten Fällen auch gut nachvollziehbar. Was für mich aber nicht nachvollziehbar ist, ist die Sache, daß Du veröffentlichte Wahrheiten über Dich als Lüge und Verleumdung abstempelst – aus Deiner darauffolgenden Reaktion heraus entstehen immer mehr Kleinigkeiten. Es ist schade, daß Du immer wieder versuchst, Kameraden durch

Drohungen von Strafanträgen (obwohl die meisten Sachverhalte absolut nicht belangbar sind) einzuschüchtern. Auf Einzelfälle möchte ich nicht weiter eingehen, diese dürften jedem aufmerksamen Kameraden bekannt sein – Dir wohl am besten. Somit setzt Du Dich in die Sparte „Provokateure“ und Provokateure müssen schnellstens verschwinden! Von daher kann und will ich das Flugblatt nicht aus dem Verkehr ziehen. Es sind NUR Wahrheiten in diesen Zeilen verfaßt und wenn sich Kameraden nicht unbegründet distanzieren wollen, so kann man es ihnen nicht verübeln. Ebenso werde ich in meinen Reihen auch nicht Sorge dafür tragen, daß solche Deklarierungen nicht mehr über das besagte Postfach laufen.

Die von Dir Deinem Schreiben beigelegten Hetzzeilen gegen Kam. Dieter Kern werde ich nicht veröffentlichen. Wie Du schon befürchtet hast, bin ich mit dem Inhalt absolut nicht einverstanden und werde es auch nicht mit entsprechendem Kommentar von mir verbreiten.

Von Deiner Seite verbitte ich mir weitere Kontaktversuche.

Bis dahin verbleibe ich mit der weiteren Beobachtung Deines Agierens.

Lisa Sagrudny

Nachschrift: Der B.h.F. distanziert sich nach wie vor aus moralisch nicht tragbaren Gründen von Peter K. Maaßen.

□

Wenn die Guten nicht kämpfen, siegen die Schlechten

Plato

**Wo Recht zu Unrecht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!**

Widerstand kostet Geld!

Liebe Kameradinnen, Kameraden, Freunde, Sympathisanten und Mitstreiter, damit wir auch in Zukunft kostendeckend den nationalpolitischen Widerstand gegen die Systempresse und den Gesinnungsterror aufrecht erhalten können, sind wir über jede Spende, auch wenn sie noch so klein ist, dankbar. Auch Sachspenden wie ausgediente Computer, Drucker, Kopierer usw. werden gerne angenommen.

Spenden können auf nachfolgendes Konto überwiesen werden:

Empfänger: WG

Sparkasse zu Lübeck

Bankleitzahl: 230 501 01 Kontonummer: 112 – 318 100

Wer den "Lübschen Aufklärer" bestellen möchte, richtet bitte seine Anfrage an Bündnis Rechts, Postfach 10 81 09 in 23530 Lübeck oder telefonisch unter 0451 – 62 12 40 oder per Fax 0451 – 62 12 35.

Unterstützen Sie den "Lübschen Aufklärer" mit Ihren Beiträgen, Leserbriefen oder Bildmaterial.

Vielen Dank, die Redaktion!



Besitz stirbt / Sippen sterben
Du selbst stirbst wie sie.
Eins nur weiß ich / Das ewig lebt:
Der Toten Latenruhe.

aus Der EDD

Georg Büchner aus dem 1. Couplet